

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 80.-.
Zu beziehen durch alle Post-Institutionen.

Nürnberg, 14. September 1901.

Zusätze die dreigeteilte Seite oder deren Raum 50.-
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Ludwigstraße Nr. 9.

Inhalt: Aus den Berichten der württembergischen Gewerbeinspektoren. — Die Arbeitslosenzählung als Aufgabe der Gewerbeaufsichtsstelle. — Die Eisenpreise. — Die deutschen Gewerbeaufsichtsorganisationen im Jahre 1900. II. — Statistische Erhebungen über die Lehrlingsverhältnisse in den Leipziger Dauschlossereien. — Metallarbeiterkonferenz des 8. Augusts. — Zur Urabstimmung im Zentralverein der deutschen Formier. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Quittung über die im August bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungsstellen des 6. Bezirks. — An die Verwaltungsstellen in Bayern r. d. Rheins. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Rundschau. — Aus anderen Berufen u. c. — Allg. Kranken- u. St.-K. d. Metallarbeiter: Korrespondenz aus Schramberg. — Literarisches.

Über Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg (besonders von den Werkstätten von F. Henner, Schwabacherstraße 41, Chr. Schmidt, obere Mentergasse 12, Friedr. Reinmann, Tafelschiffstraße 34, Jean Schmidbaum, Kühnertsgasse) R. und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Büttner, Hunger, Döhlm und Jgl);
von Formern nach Albersleben (Maschinenbau-U.-G.), nach Lördrach-Stetten (Einst. Wöhler); nach Worms (Horn);
von Gelbgießern und Gürtlern nach Dresden (Albert Knauth);
von Klempnern nach Düsseldorf (Max Werner und Springorum);
von Kupferschmieden nach Düsseldorf;
von Metalldrücker nach Düsseldorf;
von Schleifern nach Lüdenscheid (Bässer & Fischer) und Velbert (vorm. Gebr. Jülich);

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; R.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Maßstände; K.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; G.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Berichten der württembergischen Gewerbe-Inspektoren.

Die kürzlich erschienenen Jahresberichte der württembergischen Aufsichtsbeamten, ausnahmsweise so umfangreich wie ihre leitfähigen Vorgänger, während bekanntlich die Berichte anderer Gewerbe-Inspektoren sehr stark reduziert wurden, bieten wieder manches sozialpolitisch Wertholle und Interessante, auch in Bezug auf die Metallarbeiter.

Bemerkenswert ist gleich die einleitende Darstellung des Betriebs mit den Unternehmen durch den Stuttgarter Gewerbe-Inspektor Werner. Während es ihm in manchen Fällen gelang, durch persönliche Entwicklung auf die Unternehmer Differenzen derselben mit den Arbeitern beigelegen und berechtigte Beschwerden erfolgreich zu verfolgen, sowie durch Anregung Verbesserungen der Arbeitsräume und der Betriebsanrichtungen herbeizuführen, kann andererseits aber auch wiederum Fälle vor, in denen das Gehör des Gewerbe-Inspektors lieber gesehen wurde, als sein Kommen. „Bei verschiedenen Arbeitgebern fanden wir uns dem Eindruck nicht verschließen, daß diese es für eine Gefälligkeit ansahen, wenn sie dem Beamten die Besichtigung ihrer Betriebsanlagen gestatteten; auf Widerstand sind wir nirgends gestoßen, dagegen wurde uns da und dort die erbetene sachliche Auskunft nur sehr ungern erteilt.“ Wir können lebhaft die empörten Gefühle eines selbstfertigen Unternehmers, der „Herr in seinem Hause“ sein will, nachempfinden, wenn er dem Gewerbe-Inspektor gestatten muß, seinen Betrieb zu revidieren, vorhandene Mängel festzustellen und deren Beseitigung zu verlangen — wodurch diese „Herrschaft im Hause“ eine wesentliche Einschränkung erfährt. Aber die Fabrik ist eben nicht das Haus, die Schatzmacher haben hier eine besondere Haushaltungskunst und Erfahrung verfügt; an den Zuständen in der Fabrik sind heute viele Millionen Men-

schen, ja ist sogar der ganze Staat interessiert, weshalb er denn auch Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter aufgestellt und die Gewerbe-Inspektion geschaffen hat.

In einzelnen Betrieben, deren Persönlichkeit ihm gut bekannt ist, nahm Herr Werner, nachdem er im Komptoir seine Anwesenheit gemeldet, die Revision ohne Weiteres und ohne die Begleitung des Unternehmers vor, wobei er mit einzelnen Arbeitern oder Arbeiterninnen sachdienliche Gespräche antrug. Sehr unangenehm ist es ihm immer, wenn ihn die Arbeiter nicht kennen und er sich erst vorstellen muß, was leicht begreiflich ist. Dabei hat er wiederholt die Erfahrung machen müssen, daß häufiger die unorganisierten Arbeiter von den Aufgaben und den Befragungen der Aufsichtsbeamten keinen richtigen Begriff haben. Woraus die Notwendigkeit sich ergibt, häufiger die Arbeiterversammlungen zu besuchen, um bei den Arbeitern bekannt zu werden und einen glatten Verkehr auch für die Betriebsrevision mit denselben herbeizuführen.

Der Aufsichtsbeamte des III. Bezirkes, Herr Hardegg, wurde wie der erste „sozialdemokratische Heizer und Büchel“ von einem Fabrikdirektor beim Ministerium verklagt, daß er die „Autorität der Direktion in den Augen der Arbeiter untergraben habe.“ Und warum? Weil er auf das Ersuchen eines entlassenen verheiratheten Arbeiters bei dem despatischen Fabrikdirektor zu vermitteln suchte! Die „Beschwerde“ über den Gewerbe-Inspektor wurde aber von dessen vorgegerter Behörde als unbegründet zurückgewiesen.

Auch von Seite unverständiger Arbeiter erfährt der Aufsichtsbeamte Unannehmlichkeiten. So antwortete ihm in einem Hüttenwerk ein Arbeiter, dem er den Rath gab, in seinem Interesse während des Schmierens leisender Triebwerke die Schürze abzulegen, in grober Weise, daß ihn das nichts angehe, sondern daß das seine eigene Sache sei. In einer Ziegelei, in der wiederholt Gesetzesübertretungen festgestellt worden und bei dem befreifenden Besuch ebenfalls, suchte ein Taglöhner, offenbar ein rechter Speichellecker, die Befragung der Arbeitern durch den Gewerbe-Inspektor derart zu bereiteln, daß er selbst in barchter Weise Unwahrheiten berichten wollte. „In diesem Verhalten befindet sich eine bedauerliche Unchristlichkeit,“ bemerkte mit Recht der Aufsichtsbeamte, „der man hinsichtlich des Rechtes der Arbeiterschutzgebung nicht selten bei den Arbeitern begegnet. Von diesen Fällen abgesehen, war das Benehmen der Arbeiter gegenüber den Aufsichtsbeamten durchwegs freundlich und zubehörig.“ Zweifellos waren jene Arbeiter, die dem Gewerbe-Inspektor entgegentraten, unorganisiert und völlig unaufgeregkt, woraus wieder deutlich erheut, wie viel an Agitation- und Organisationsarbeit noch zu leisten ist.

Aus den kurzen Ausführungen über die Gestaltung der Geschäftslage im Berichtsjahr, die in Übereinstimmung mit allen bezüglichen Schätzungen stehen, mag nur erwähnt sein, daß im III. Bezirk die Maschinenfabrik nach Monate langer Überzeitarbeit wieder zur normalen Arbeitszeit zurückkehrte und vereinzelt Arbeitsunterbrechungen vorkamen. Eine Werkzeugfabrik hat fast zwei Monate vor Jahresende nicht mehr die volle Tagesarbeit gearbeitet und außerdem auch Arbeiter entlassen.

Der Gewerbeaussicht waren unterstellt:

	Metallindustrie	Maschinenindustrie	1900	1899
Betriebe	706	702	772	677
Arbeiter	20,704	20,111	27,389	25,937
Dienststellen . . .	18,227	17,729	24,612	23,450
männliche . . .	15,491	14,980	23,250	22,200
weibliche . . .	2,736	2,749	1,392	1,250
jugendliche . . .	2,477	2,382	2,747	2,487
männliche . . .	1,911	1,856	2,412	2,214
weibliche . . .	566	526	335	278

Da im Berichtsjahr die Motorisierung der Gewerbe-Inspektion unterstellt wurden, sind vorstehende Angaben nicht ohne Weiteres vergleichbar. So ist die Vermehrung der Betriebe und der Arbeiter in der Hauptstadt dem Hinzukommen der neu unterstellten Betriebe

und, so weit überhaupt eine solche stattgefunden, nur zum geringsten Theile der Weiterentwicklung der Industrie zu zuschreiben. Vergleicht man unter Berücksichtigung dieser Bemerkungen die vorstehenden Angaben, so zeigt sich, daß in der Metallindustrie nur geringe Veränderungen vorgekommen sind. Nur 4 Betriebe und 600 Arbeiter standen mehr auf der Liste als im Vorjahr. In der Verarbeitung hatten mit Ausnahme der erwachsenen Arbeiterninnen alle anderen Kategorien ihren Anteil; die Zahl der Arbeiterninnen ging um 18 zurück. Erheblicher war das Wachsthum in der Maschinenindustrie, das in 95 neu hinzugekommenen Betrieben und 1452 Arbeitern bestand, wozu alle Arbeiterskategorien ihren Anteil hatten, den größten die über 16 Jahre alten männlichen („erwachsenen“) Arbeiter mit 1050.

In einer Metallwarenfabrik fand die Assistentin, Frau Grünau, die im Gegensatz zu ihren bisherischen Kolleginnen einen längeren selbstständigen Bericht erstattet, unzulässige Beschäftigung einer hochrangigen Frau. Dieselbe war an der Polarmaschine mit dem Polieren der Messingröhren, die in beständiger rotierender Bewegung gehalten werden müssen, beschäftigt. Der ganze Körper der damit beschäftigten wird hier beständig von den heftigsten Stößen erschüttert, und es ist außer allem Zweifel, daß die permanente Erschütterung ungünstig auf den Körper einer Schwangeren einwirkt und unter Umständen Veranlassung zu Frühgeburten gibt.

Aus den Mitteilungen über das Lehrlingswesen, dem Herr Hardegg eine besondere Darstellung widmet, entnehmen wir, daß am 1. Mai 1900 in Schenningen eine neue Fachschule für Elektromechanik einschließlich Uhrenmacherei und Elektromechanik eröffnet wurde. In der neuen Schule findet sowohl theoretischer wie praktischer Unterricht statt; sie dient ebenso zur Ausbildung für den Handwerker als zur Heranbildung von Werkarbeitern und Werkführern in Fabrikbetrieben und ist geeignet, auf dem großen Industriegebiet, welches sie umfaßt, dem in Werkstätten und Fabriken vielfach zu Tage getretenen Bedürfnis nach praktisch und theoretisch bestet ausgebildeten Männern abzuhelfen und so auch vielen den Weg zu besseren Fortkommen zu ebnen.

In einigen Bijouteriefabriken, welche als Eigenanlagen von Pforzheimer Fabriken in Württemberg (II. Bezirk) angelegt worden sind, wurde nach fünfjähriger Lehrzeit angetroffen. Nachdem für das Handwerk 4 Jahre Lehrzeit als Maximum durch die Gewerbeordnung festgesetzt werden, sollte den Fabrikanten eine derartige unverschämte Lehrlingsausbeutung ebenfalls nicht gestattet werden. Läßt sich die bezügliche Bestimmung der Gewerbeordnung auf die Fabriken nicht anwenden — was über jedenfalls erst zu untersuchen wäre — so muß dieselbe in diesem Sinne eben ergänzt werden.

In Bezug auf die Lohnbücher für die jungen Arbeiter ist nur das Fassio vollständig. Sie sollen bekanntlich, wie ihre Urheber Stumm und Hiltz, der „große“ Zentrums-Sozialpolitiker, meinten, sozialisiertödende Maßnahmen sein. Und nun verzagen auf der ganzen Linie die Unternehmer ihre Rüttigung, da sie dadurch zeitraubende Mehrarbeit haben und die Bevormundung den Arbeitseifer der jungen Leute läßt. Sie haben nun Formulare drucken lassen zur Erwägung der Unternehmer durch die Eltern und Vormünder den Arbeitslohn direkt an die Jugendlichen auszuzahlen. Sie führen die Rubriken aus und schicken die Formulare einfach den Eltern usw. zur Unterzeichnung zu. Von sozialem Erkenntniszeugt der Hinweis des Herrn Hochstetter auf den sich im Innern Zustand mancher Schlosser an als Ursache der Verwahrlosung der Jugend. Dieselben hätten zu einer bedenklichen Gefährdung der Sittlichkeit geführt und entsprechend vielfach nicht einmal den beiwohnden Anforderungen in sanitärer Hinsicht.“ Es wird deshalb eine Regelung des Schaffestellen-

wesens durch polizeiliche Verordnung für ein dringendes Bedürfnis erklärt.

Einige recht häbische Musterchen von Anmaßung und Willkür werden aus den Arbeitsordnungen verschiedener Bijouterie- und Kettenfabriken mitgetheilt. So waren die Arbeiter verpflichtet zur Denunziation von Mitarbeitern, die sich etwas zu Schulden kommen ließen. Eine nur einmalige Arbeitsversäumnis war mit sofortiger Entlassung bedroht, Zusätzlommen von 10 bis 20 Minuten mit Geldbuße von 50 Pf. ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes, der in Fabriken mit überwiegend beschäftigten Arbeiterinnen nicht mehr als 1,20 bis 1,40 M. durchschnittlich pro Tag beträgt. Der Aufsichtsbeamte veranlaßte die entsprechende Korrektur solcher gesetzwidriger und brutaler Arbeitsordnungen.

Erstaunlicher Weise ist im Berichtsjahre in zahlreichen Fabriken die normale Arbeitszeit weiter verlängert worden und zwar thöls infolge des Verlangens der organisierten Arbeiter, theils infolge der eigenen Initiative der Unternehmer, wozu sie die günstigen Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitszeit veranlaßten. So ist in 2 Maschinenfabriken des II. Bezirks an Stelle der 11½ Stunden die 10½ Stunden Arbeitszeit eingeführt worden, in einer Metallwarenfabrik die 10 statt der 10½ Stunden Arbeitszeit, in einer weiteren Metallwarenfabrik, die im Winter 10, im Sommer 10½ Stunden arbeiten ließ, der Werkstudentag, in 4 Maschinenfabriken an Stelle der 11½ und 12½ Stunden die 10½ und zwar durch die unermüdliche Tätigkeit der dortigen Zahlstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Eine Metallstudorei ging von der 11- zur 10½ Stunden Arbeitszeit über. Eine Maschinenfabrik in Nauenburg führte unter Auslobung der Zwischenpausen die 10½ Stunden Arbeitszeit ein.

Zum Stuttgarter Aufsichtsbezirk wurde in einer Pianofortefabrik nur circa 200 Arbeitern ein Versuch mit durchgehender, sogen. englischer Arbeitszeit gemacht, die in die Tagestunden von Früh 7½ bis Nachmittags 5 Uhr mit nur 1½ Stunden Mittagspause verlegt wurde. Nach den Beobachtungen und hierüber gemachten Mitteilungen des Unternehmers hätten die Arbeitsleistungen im Sommer unter dem Einfluß der Hitze nachgelassen, doch tatsächlich aber auch nach unerwarteter Kühlung infolge ungenügender Zwischenpausen und zu genügenden Ausruhens. Am Schluß des Berichtsjahres besaß die Neuerung noch fort. Ein besonderer Vortheil dabei für den Unternehmer ist die Erhöhung des Tagessatzes und die verminderde Namensaufnahme des finanziellen Risikos. In einzelnen anderen Betrieben hätten nach den Berichten herbeiführen. Es geht also dann auch ohne Nebenzü- und Sonnigarbeit.

Erwähnenswert ist der seitgestellte Rückgang der Sonntagsarbeit infolge der von den Arbeitern bis zu 50 Prozent verlangten Lohnzuänderungen, die übrigens auch eine Verminderung der Nebenzeitarbeit an den Wochenenden herbeiführen. Es geht also dann auch ohne Nebenzü- und Sonnigarbeit.

Ahnlich beschäftigt wird wieder einmal eine alle, von den organisierten Arbeitern vertriebene Wahlheit. Nach unserer Überzeugung ist natürlich höchst der Arbeitersmangel zu trüben zu führen auf schlechte Verhältnisse. Herr Hardegg erhöht nun in seinem Bericht die hauptsächlich an kleineren Orten erhohten Slogen über Arbeitersmangel, und er erläßt denselben zu treffend durch die oft lange Arbeitszeit, das Langarbeitsweisen und die Unfreiheit der Arbeiter. „So ist dieser Beziehung Aenderung geschehen wird, hört auch der Arbeitersmangel auf.“ kleinere Unternehmer, die im Berichtsjahr auf den Rückgang verzichteten und den Zehnstudentag einführten, sprechen sich sehr befriedigt über die Wirkungen des Erzeugerstaates aus.

Zu den Staatsverträgen wurde den Arbeitern eine Lohnentlohnung von 10 bis 30 Pf. per Tag je nach Leistung und Dienstalter gewährt. Im dritten Kapitel ging die Zahl der beschäftigten italienischen Arbeiter zurück, weil sie immer mehr Lohn verlangten. Eine größere Ziegelei habe ihre italienischen Arbeiter entlassen, weil sie innerhalb kurzer Zeit zweimal Lohnzurhöhung verlangten. Der Aufsichtsbeamte befürchtet diese Steigerung ihrer Lohnansprüche jenseits der italienischen Arbeiter zu förmliche der Lebenshaltung der einheimischen Arbeiter sehr schädlich.

Herr Hardegg ist auch derjenige, der im Gegenjahs zu der vorliegenden Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch seine beiden Kollegen, den nachstelligen Einfluß der Wirtschaftskrise auf die Arbeitsgelegenheit, den Beschäftigungsgrad und den Verdienst der Arbeiter würdig und dadurch seinen offenen Platz für alle Vorgänge bekleidet.

Was die Durchführung der gesetzlichen Vorrichtungen betrifft, so kommen immer wieder zahlreiche Ueberinterpretationen derselben vor, was bei den geringen Strafen von wenigen Mark und der vielfach ablehnenden Haltung der Justizbehörden gegenüber den Anzeigen der Aufsichtsbeamten nicht zu verwundern ist. Es muß daher die organisierte Arbeiterschaft nach wie vor kräftig mitwirken bei der Durchführung der zu ihrem Schutze bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Die Arbeitslosenzählung als Aufgabe der Gewerkschaftskartelle.

Folgenden leicht durchführbaren Vorschlag macht die Zeitschrift: Der Arbeitsmarkt:

Nach der Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes in den vergangenen Monaten dieses Jahres ist mit einer erhöhten Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zu rechnen. In erster Linie wird auf den Großstädten der Druck der Arbeitslosigkeit lasten. Um die Kommunalverwaltungen zu vorbeugenden Massregeln gegen die andrängende Fluth sozialer Not zu bestimmen, ist es aber nothwendig, daß ihnen ziffernmäßige Nachweise über den Grad der Arbeitslosigkeit erbracht werden. Die einzigen Instanzen, die diesen Nachweis zu erbringen ein großes Interesse haben, sind die Organisationen der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Kreise. Wir haben schon im Vorjahr auf die Nothwendigkeit von Arbeitslosen-Zählungen durch die Gewerkschaften hingewiesen und können diese Auflösung im Hinblick auf die kommenden Wintermonate nur dringend wiederholen.

Es hat im letzten Winter an zahlreichen Versuchen nicht gefehlt, die Zahl der Arbeitslosen durch Zählung festzustellen. Sowohl Centralorganisationen als auch Gewerkschaftskartelle als endlich auch lokale Organisationen einzelner Gewerbe haben Zählungen vorgenommen. Dabei hat sich herausgestellt, daß das geeignete Organ, die Zählung vorzunehmen, im Hinblick auf die Bewertung des Zählungsergebnisses, die örtlichen Gewerkschaftskartelle sind. Die Zählungen von Centralorganisationen erfordern zur Feststellung des Gesamtbildes eine so lange Zeit, daß darüber der augenblickliche Werth der Zählung vergeht. Die Zählungen lokaler Organisationen für einzelne Gewerbe liefern aber für die betreffende Kommune nur Theilergebnisse über die am Orte bestehende Arbeitslosigkeit. Ein zutreffendes Bild über die allgemeine Arbeitslosigkeit an einem Orte ergeben dagegen die Zählungen der Gewerkschaftskartelle. Umso erträglicher diese eine recht rasche Auflösung des Materials. Als Methode der Zählung möchten wir der Vereinfachung halber zunächst empfehlen, mit die Arbeitslosigkeit innerhalb des Mitgliederbestandes der dem Gewerkschaftskartell angehörigen Organisationen zu ermitteln. Jedes Mitglied einer Organisation erhält eine Zählkarte und zwar in Gestalt einer Postkarte zugeschickt. Wir wiederholen das von uns im Vorjahr gegebene Beispiel einer solchen bedruckten Postkarte mit Probeausfüllung:

Zählung vom 15. Februar 1901.

Ort: Charlottenburg. Organisation: Metallarbeiter. Vor- und Zusame des Mitgliedes: Joseph Orth. Genaue Bezeichnung der Wohnung: Bismarckstraße 19, Hof 10, 4 Et., bei Rose. Beruf: Zogner.

A.

Wer am Tage der Zählung Wer arbeitet ist, gebe dies bestätigt an, gebe dies hier hier an mit Hinzufügung seit an, mit Hinzufügung der Fähigkeit warn? oder Bezeichnung: Arbeitlos seit 20. Januar.

B.

Wer benötigt arbeitet (berich- gelegte Stützpunkte, welche fähig- Ja der Meßminenmärkt von ten zu) gebe dies hierunter an, Eisenhütte & Co. mit Hinzufügung des Tages, seit wann?

Es empfiehlt sich, daß jedes Gewerkschaftskartell Karten drucken läßt in Gestalt von Postkarten, die an das Gewerkschaftskartell eingeschickt sind. Die meisten werden zwar Gelegenheit haben, die Karten an einen Betriebsmann zu geben, der 20, 30 oder mehr in einem gemeinschaftlichen Konsortium mit der Post an das Gewerkschaftskartell befördert, wer aber zufällig diesen Aufschluß nicht findet, hat nur eine 2 Pf. Marke anzubringen und die Karte in den Kästen zu stecken.

Das Kartell vertheilt die Karten unter die einzelnen Vorzuhenden, die die Vollständigkeit nachprüfen, die Auszählung nach einem einheitlich festgesetzten Plane vornehmen und dem Kartell-Vorzuhenden die Ergebnisse überzüglich mittheilen. Diesem bleibt die Gesamt-Zusammenstellung und deren Bewertung vorbehalten. Nach dieser Methode dürfte

es nicht schwierig sein, für einen bestimmten Zeitpunkt den Stand der Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt einer Gemeinde festzustellen, und so stark sind immerhin die Organisationen bereits, daß aus der Arbeitslosigkeit unter den Organisierten ein Rückschluß auf den Grad der Beschäftigunglosigkeit sämtlicher Arbeiter am Orte zulässig ist; sicher wird unter den Unorganisierten die Arbeitslosigkeit nicht geringer, sondern eher größer sein. Uebrigens ist das obige Formular ebenso brauchbar, wenn das Kartell, wie z. B. in Braunschweig, die Zählung auf alle ortsanwesenden Arbeiter ausdehnen will; und mit einer geringen Änderung (Beglaßung von A) kann es auch da benutzt werden, wo man sich mit bloßen Auszählungen von Arbeitslosen-Versammlungen begnügen muß.

Freilich werden die Zählungen mit dann für praktische Zwecke gut verwertbar sein, wenn die Aufnahme in periodischen Zwischenräumen regelmäßig erfolgt. Der großen Mehrzahl nach wurden im letzten Winter die Zählungen nur einmal vorgenommen. Das ist insoweit von Nachtheil, als dabei jeder Vergleichsmaßstab über die Bewegung der Arbeitslosigkeit fehlt. Werden dagegen die Zählungen am 15. jeden Monats vorgenommen, so ergibt sich aus den Ergebnissen der einzelnen Monate das jeweilige Steigen oder Fallen der Arbeitslosigkeit. Erstrecken sich aber die Zählungen auf die einzelnen Monate verschiedener Jahre, so wird die Brauchbarkeit der Vergleichszahlen erst recht erhöht. Würde z. B. ein Gewerkschaftskartell am 1. Oktober dieses Jahres eine Zählung vornehmen und könnte die Ergebnisse mit einer nach der gleichen Methode aufgenommenen Zählung am 1. Oktober vorigen Jahres vergleichen, so würde sich aus einer Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1901 schon ein ziemlich sicheres Zeichen ergeben, daß wir für den Winter 1901/02 mit einer erhöhten Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Solche ziffernmäßige Nachweise über den Umfang und die Intensität der Arbeitslosigkeit werden auf Kommunalverwaltungen einen ganz anderen Eindruck machen, als die bloße Betonung des Vorhandenseins von Arbeitslosigkeit oder die einmalige Feststellung einer Arbeitslosenziffer.

Es ist daher dringend zu raten, daß die Gewerkschaftskartelle von neuem und möglichst schon jetzt an die Frage der Arbeitslosen-Zählungen herantreten und zum mindesten in allen Großstädten monatliche Aufnahmen durchführen.

Die Eisenpreise.

Wie im Allgemeinen, so dauert im Besonderen die kirchhafte Depression auf dem Eisen- und Stahlmarkt unverändert an und vermag daran auch die tendenziöse Schöpferei optimistischer bürgerlicher Zeitungsschreiber nichts zu ändern. So weit hinter diesen optimistischen Darstellungen der kirchhaften Lage nicht spekulativen Absichten stehen, sondern damit nur bezweckt werden soll, die Reichsökonomie und gedrückte Stimmung nicht noch ärger zu gestalten, mag man sie immerhin passieren lassen; aber richtiger dürfte es außerdem sein, die ganze Wahrheit zu sagen und zu zeigen, was ist, denn die Erkenntnis der wirklichen Lage ist auch bestimmend für die Wahl der ergreifenden Mittel.

Die Wahrheit ist nun, daß die Wirtschaftskrisis ununterbrochen mit zunehmender Schärfe sich weiter entwickelt, und diese fortwährende Weiterverschärfung ist der Produktionsstatisit, soweit wir eine solche überhaupt besitzen, in der Statistik der Gründungen und Emissionen, in der Konkursstatistik, in der Arbeitslosenstatistik usw. ihren deutlichen und thatächlichen Ausdruck findet. Die Produktionsstatistik zeigt andauernden Rückgang der Eisenherstellung und der Kohlenförderung, und sie drückt die thatächliche Lage insofern noch nicht einmal voll und ganz aus, als bei manchen Unternehmen trotz der Produktionssteigerung sich noch ganz erhebliche Verträge anstreben, die die Betriebsmittel erschöpfen und zu finanziellen Schwierigkeiten, wenn nicht gar zu Zusammenbrüchen führen können. So sagte die „Münchner Bieg.“ vor einiger Zeit:

„Mit der Anhäufung der Verträge muß gleichzeitig der Kredit bis an die äußerste Grenze angespannt werden. Wir kennen einzelne Werke, die diese Grenze thatächlich bereits erreicht und nachgedrängten Kredite in Anspruch genommen haben, die ihr Aktienkapital zum Theil beträchtlich übersteigen. Die im Laufe des Jahres zur Veröffentlichung kommenden Bilanzen, namentlich diejenigen der reinen Walzwerke, werden infolge dessen manche recht unerfreuliche Bilder darstellen. Viele Werke haben sich unter dem Druck dieser Lage gezwungen gezeigt, Verluste um jeden Preis, selbst mit beträchtlichen Verlusten, zu beklagen, um nur einigermaßen ihre Verträge und ihre Erfol-

den zu vermindern. So kennen wir ein westfälisches Werk, daß fürzlich an einem einzigen Abschluß nach Holland 70,000 M. verloren hat. Die in diesen Zuständen zum Ausdruck kommende Spannung der Lage hat zwar bisher infolge der Nachwirkungen der früheren guten Konjunktur trotz schwerer Verluste noch leichtlich ertragen werden können. Je länger sie aber andauert, um so mehr spüren sich die Dinge zu und um so unerträglicher wird sie. Die Beobachtung, daß einzelne Werke an den Rand des Zusammenbruchs gebracht werden, ist nicht von der Hand zu weisen; läme es wirklich dahin, so müßte das auf Jahre hinaus für die gesamte Eisen- und Kohlenindustrie von den nachtheiligsten Folgen sein."

In dieser Schilderung der Verhältnisse ist allerdings keine schöpferische Tendenz zu erkennen. Dass sie aber im Wesentlichen mit der Wirklichkeit übereinstimmt, bestreift die fortlaufende Preiseduktion auf dem Eisen- und Kohlenmarkt, die freilich das Roheisen-Handelskantat trotz allem nicht mitgemacht hat und nicht mitzumachen gedenkt, jetzt wohl erst recht nicht, da es ihm gelang, drei bisher ferngestandene große Unternehmen zum Anschluß zu beitreten, nämlich die Höchst'schen Werke in Dortmund, die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, die Rheinischen Stahlwerke und seine Verlängerung bis Ende 1902 durchzusetzen, die es freilich gerne für eine fünfjährige Dauer durchgedrückt hätte. Die unter der Preisdictatur des Roheisen-Handelskantats leidenden Unternehmer erwägen seit einiger Zeit den Gedanken, die Verträge, durch die sie an das Bucherhandelskantat gebunden sind, gerichtlich anzufechten, weil sie seiner Zeit von denselben unter wissenschaftlicher Darstellung der Marktlage zu bedeutenden Aufträgen veranlaßt worden seien. Inzwischen hat das Handelskantat eine Preisermäßigung von 15 M. für die Tonne Schweißeisen eintreten lassen, das aber bedenklich keine große Rolle mehr spielt, da es immer mehr vom Flußeisen verdrängt wird, so daß auch diese Preisermäßigung nur geringe Bedeutung für die Eisen-Industrie besitzt. Für das Gießerei-Roheisen soll den Gießereibesitzern aber nur unter Bedingungen eine Preisermäßigung gewährt werden, die diese bis Ende 1902 dem Handelskantat verpflichten und sie daher an dasselbe noch mehr festen, andererseits aber die Handelskantat noch mehr befestigen würde, als bisher schon der Fall war. Auf ihrer Generalversammlung in Dresden vom 16. August haben sich wider alles Erwarten die Gießereibesitzer in der That der Handelskantat unterworfen. Wir möchten das Indianergeschrei der selben Unternehmer und ihrer Präsidenten hören, wenn die Arbeiter nur von ferne sich so etwas herausnehmen würden, wie die Handelskantater, denen man sich nun fügte. Da würde auf der ganzen Linie eine neue Kampagne für ein Bucherhandelskantat gegen die Arbeiter in Szene gesetzt und eine neue wilde Agitation gegen dieselben von den Schärfmachern betrieben werden.

Das Eisenstein-Handelskantat in Siegen erklärt sich bereit zur Preisermäßigung von 10 M. für die Tonne Buddel-Stahleisen und gibt in der Weise, daß die Vereinsgruben 3 M. gewähren und den übrigen Beitrag die Hocheisen- und Roheisen-Handelskantate tragen. Der Verband süddeutscher Walzwerke ermäßigte die Walzeisenpreise um 13 M., von 130 auf 117 M. für Flußeisen und um 20 M., von 140 auf 120 M. für Schwereisen. bemerkenswert ist die Differenz zwischen den Inlandss- und den Exportpreisen. Vom rheinisch-westfälischen Eisenmetall wird Stahleisen zu 100 M. der ausländischen Konkurrenz geliefert, den inländischen Abnehmern aber nur zu 110 bis 112 M., Walzdraht zu 105 M. bzw. 135 M. Ein auffallendes Verfahren, das zwar den eigenen Interessen entsprechen mag, aber weder lohnt noch patriotisch ist, da es die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Industrie auf dem Weltmarkt erschwert, diejenige der ausländischen Konkurrenz aber erleichtert.

Die allgemeine Preisesteigerung auf dem rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenmarkt trat in den letzten Monaten nach den Notierungen der D o r t m u n d e r Börse folgende:

Eisen- und Stahlsorten	Ende Juli	Ende Juni	Ende Mai	April 1901	per Tonne in Mark
Deutsch. Gießereiroheisen Nr. 1	—	102	102	102	
Weißmetalliges Roheisen	3	90	90	90	
Thomaßeisen	—	85	85	85	
Deutsch. Bessermet. Roheisen	—	85	85	85	
Spiegelroheisen	—	105	105	105	
Engl. Gießereiroheisen Nr. 3	65	69	70	70	
Luz. Lärzer	52	60	63	60	
Stahlblech in Schw. Eisen	125	125	135	130	
Winkelleisen	115	120	120	115	
Stahlguss	120	125	125	125	
Feinbleche	115	115	115	110	
Feindraht	125	130	130	130	
Thornasgussbleche	160	160	160	160	
Siemens-martin-Gussbleche	170	170	170	170	
Kesselbleche	160	160	160	160	
Konstruktionsbleche aus Schweiß-eisen	170	170	170	170	

Eisen- und Stahlsorten	Ende Juli	Ende Juni	Ende Mai	April 1901	per Tonne in Mark
------------------------	-----------	-----------	----------	------------	-------------------

Eisenbahnschienen aus Bessemer-stahl	140	140	140	140	
Eisenbahnschienen mit Schönheitsfehlern	135	135	135	135	
Grubenschienen aus Flußeisen	120	120	125	125	

Im großen Ganzen haben sich demnach infolge der geistigen Preispolitik der Syndikate, vorab des Roheisen-Handelskantats, die Preise trotz aller Kritik, trotz alles Niederganges mit Produktionseinschränkung, Antrachten der Brüder und Nachlassen der Nachfrage behauptet und sind sie nur für einzelne Sorten zurückgegangen, dagegen für die Träger, zweifellos unter dem Einfluß der wenn auch weniger lebhaften Kaufsituation, sogar gejüngt. Zum Teil ist freilich bezüglich anderer Sorten zu sagen, daß nach allen Marktberichten die sozusagen amtlich notierten Preise sehr häufig nicht eingehalten werden, sondern unter denselben verkauft wird.

In Oberösterreich konnten durch die Syndikate die Preise ebenfalls auf einer gewissen Höhe gehalten werden, dagegen gab es Mangel an Aufträgen und Arbeit, so daß erheblich unter den Syndikatspreisen ins Ausland geliefert wurde, namentlich Roheisen und Stabeisen, und erstere somit nur für den ohnehin schwer gedrückten Inlandsmarkt gelten. Eine vernunftwidrige, selbstmörderische Preispolitik. Einen Rückgang erfuhren die Preise immerhin auch in Oberösterreich, und zwar gestalteten sie sich im 2. Quartal folgendermaßen:

Eisen- und Stahlsorten	Ende Juni	Ende März
	1901	
	per Tonne in Mark	
Gießereiroheisen	66	70
Hämatis	75	90
Stabeisen	140	140
Reinbleche	170	180
Flußeisenbleche	145	155
Dünne Bleche	180	140
Stahldraht	120	150

Gleich gewöhnlich ist der Stabeisenpreis, unerheblich gesunken der Preis des Gießerei-Roheisens, stärker derjenige für Kessel-, Flußeisen- und dünne Bleche und empfindlich für Stahldraht und Hämatis. Das fühlbare Sinken des Stahldrahtpreises ist auffallend, da die Drahtindustrie gar nicht schlecht sitzt und die Ver. süddeutschen Walzdrähterwerke noch Anfang Juni eine Preisermäßigung ablehnen und eine solche auch nicht für die Zukunft in Aussicht stellen. Die schlesische Drahtindustrie scheint aber ziemlich große Verträge zu haben.

Auf dem englischen Eisen- und Stahlmarkt gingen die Preise ebenfalls zurück. Es notieren:

Eisen- und Stahlsorten	Umsatz	Ende März
	1901	
	per Tonne in Mark	
Middlesbrough Nr. 3 G. M. B.	44	47
" " "	45	46
" " Gießerei-eisen	42	45
" " Buddleien	42	45
Hämatis	55	55
Schottische Nr. 3 Warrents	50	53
Eisenplatten	132	130
Stahlplatten	120	130
Stabeisen	125	123
Sahlwinkel	112	120
Eisenwindel	117	122

Die vergleichende Übersicht zeigt für mehrere Sorten eine kleine Preiserhöhung, für eine Sorte ein Gleichbleiben des Preises und für alle übrigen Sorten vermindernde Preise.

Auf dem amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt bewegten sich die Preise folgendermaßen:

Eisen- und Stahlsorten	Ende Juni	Ende März
	1901	
	pro Tonne in Mark	
Gießereiroheisen Nr. 2 (Philadelphia)	60	62
(Cincinnati)	52	55
Bessemer-eisen (Pittsburg)	64	67
Graues Schmiedeeisen (Pittsburg)	56	58
Stahlknüppel (Philadelphia)	98	96
Stahlguss	—	104
Stahlschienen	112	104
Walzdraht	156	144
Feinbleche	128	130
Drahtstifte	92	92

Auch hier haben einzelne Sorten Preiserhöhungen, andere Preiseniedrigungen erfahren, während die Drahtstifte unverändert im Preise blieben. Wie lange es dauert, bis in den Vereinigten Staaten der offenbar nicht sehr soweit neue Aufschwung, der übtigens, wie schon aus vorstehender Übersicht erschellt, kein allgemeiner ist, einer neuen Preise Platz machen wird, weiß man nicht, möglicherweise geht über die ganze Herrlichkeit schon in nicht fernster Zeit wieder in die Brüche.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

In höherem Maße wie die Mitgliederzahl steigerte sich im Berichtsjahr die Gesamtteilnahme der Zentralverbände; während jene um 17,28 Prozent zunahm, vermehrte sich diese um 22,98 Prozent seit dem Vorjahr. Noch rascher freilich stiegen die Gesamttausgaben, nämlich um 25,37 Prozent, welche Zunahme aber nicht allein oder vorwiegend die Streitunterstützung betrifft, sondern sich nahezu auf alle Verbandsausgaben verteilt. Im Berichtsjahr vereinbarten die Zentralisationen 9,454,075 Mark (gegen 7,687,154 Mark im Jahre 1899). Die Einnahmen haben sich um fast 2 Millionen Mark erhöht. Die Ausgaben betrugen im Berichtsjahr 8,088,021 Mark (gegen 6,450,876 Mark), eine Zunahme um beinahe 1½ Millionen. In beiden Steigerungsziffern wird man die erhöhte Steuerkraft und Leistungsfähigkeit der Zentralverbände erkennen. Die gesamten Kassenbestände beliefen sich auf 7,745,901,87 Mark (gegen 5,577,546 Mark im Vorjahr), wovon freilich nahezu die Hälfte, nämlich 3,792,497,67 Mark auf den Verband der Buchdrucker entfallen. Der Fonds, über welchen die Gewerkschaften pro Kopf der Mitglieder verfügen, ist zwar nicht ein sicherer Beweis für die Finanzkraft einer Organisation. Aus der Statistik hat sich mehrfach ergeben, daß die in dem einen Jahre an erster Stelle stehenden Organisationen im folgenden Jahre nahe an die letzte Stelle gerückt waren, um sich dann im Laufe eines Jahres wieder so zu kräftigen, daß der Kassenbestand pro Kopf der Mitglieder ein ganz respektabler war.

Ende ist es doch interessant, zu sehen, wie hoch für jede einzelne Organisation an verfügbaren Fonds vorhanden ist. Es hatten an Kassenbestand pro Kopf der Mitglieder: Buchdrucker 181,51; Hutmacher 51,61; Zigarettenfabrik 29,65; Handschuhmacher 28,86; Kupferschmiede 28,28; Porzellanarbeiter 15,54; Zimmerer 14,29; Buchbindner 12,82; Graveure 12,44; Bildhauer 12,43; Berggoldner 11,10; Lithographen 11,05; Maurer 10,63; Formstecher 10,08; Maler 8,73; Bauarbeiter 8,30; Konditoren 8,08; Ledarbeiter 7,81; Glaser 7,45; Steinzeuger 6,98; Gastwirthsgesellen 6,91; Vertarbeiter 6,76; Dachdecker 6,37; Schneider 5,83; Metallerbeiter 5,67; Brauer 5,46; Hafenarbeiter 5,28; Müller 4,83; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 4,63; Böttcher 4,49; Handlungsgesellen 4,44; Steinzeuger 4,23; Gürtner 4,17; Fabrikarbeiter 3,82; Glasarbeiter 3,78; Schiffszimmerer 3,70; Schmiede 3,48; Töpfer 3,19; Schuhmacher 3,15; Stoffarbeiter 3,04; Sattler 2,93; Gemeindebetriebsarbeiter 2,78; Tabakarbeiter 2,03; Maschinisten 1,96; Tapetizer 1,79; Holzarbeiter 1,76; Bergarbeiter 1,75; Barbier 1,67; Tafilarbeiter 1,60; Bäcker 1,58; Fleischer 1,29; Lagerhalter 1,—; Bureauangestellte 0,96; Kasseure 0,30; Formier 0,17 und Rauchwarenzurichter 0,11.

Dass diese bedeutenden Unterschiede in nicht geringem Maße von der Höhe der Einnahme jeder einzelnen Organisation, also in letzter Linie von dem Verhältnis zwischen Beitrag und Leistungen beeinflusst werden, lehrt die nachstehende Reihenfolge der Jahreseinnahmen pro Kopf der Mitglieder, welche betrug: bei den Buchdruckern 55,91 M., Glaser 27,97, Bildhauer 25,03, Zigarettenfabrik 21,70, Gastwirthsgesellen 21,24, Hutmacher 19,70, Handschuhmacher 19,55, Kupferschmiede 19,39, Formstecher 18,23, Lithographen 18,14, Maler 16,08, Maurer 15,23, Buchbindner 15,17, Porzellanarbeiter 14,58, Graveure 14,54, Konditoren 13,64, Ledarbeiter 13,56, Steinzeuger 13,56

Ist durch Einführung der Monatsbeiträge an Stelle der Wochenbeiträge eine Reduzierung des Beitrages um 1 Pf. pro Woche eingetreten, ein Vorgang, der unbedingt hätte vermieden werden müssen.

Die nachfolgende Tabelle II stellt die Steigerung der Beiträge in der Zeit von 1891 bis 1900 dar:

Tabelle III.

Jahr	Die Beitrags Höhe ist angegeben für Organisationen	Davon hatten einen Beitrag von unter 15 Pf.		unter 20 Pf.	
		Bahl	in Proz.	Bahl	in Proz.
1891	86	14	39	29	80
1892	39	11	28	29	74
1893	43	12	28	30	70
1894	44	13	30	28	60
1895	43	9	21	24	56
1896	44	10	28	28	52
1897	52	9	17	22	42
1898	55	8	15	17	31
1899	55	6	11	15	27
1900	58	6	10	16	27

Siehe Tabelle III. Die Zahl der prinzipiellen Gegner hoher Beiträge in den Gewerkschaften sehr gering geworden, so macht sich doch noch hier und da ein starker Widerstand gegen Beitragssteigerungen in einzelnen Organisationen bemerkbar, der von der Beschränkung hoher Mitgliederverluste in Folge Rückganges der Werbepower der Gewerkschaft getragen ist. Es ist daher nötig, von neuem zahlenmäßig vorzuführen, wie die Entwicklung der letzten Jahre sich in einer Reihe von Verbänden, die ihre Beiträge ganz wesentlich erhöhten, gestaltet hat.

Nach diesen allgemein günstigen Erfahrungen, die sowohl in großen, als in kleinen Organisationen gemacht wurden, kann man nur lebhaft wünschen, daß sich alle Organisationen bemühen, ihre Beiträge auf eine Höhe zu bringen, die ein erzielbares Wirkung gewährleisten, und daß die Beitragssätze von weniger als 20 Pf. pro Woche bald der Vergangenheit angehören.

Wie die Beiträge, so die Leistungen, und wie die gewerkschaftlichen Leistungen, so die wirtschaftliche Sicherheit der Mitglieder, — das sollte niemals vergessen werden. Dass die erhöhten Einnahmen der Organisation stets den Mitgliedern wieder zu Gute kommen, lehrt im Berichtsjahr das bereits erwähnte Steigen der Ausgaben auf allen Gebieten, relativ sogar noch über die Zunahme der Einnahmen hinaus. Diese auf alle Unterstützungswege, mit Ausnahme der Krankenunterstützung, sich vertheilende Steigerung zeigt aber auch bereits die Wirkung des wirtschaftlichen Rückgangs. Wieder überwiegt jetzt noch in absoluter Hinsicht die Mehrnahme; aber in den folgenden Jahren können auch leicht sich Mehrausgaben einstellen, falls nicht im Verhältnis zwischen Ausgaben, bzw. Leistungen der Organisation und Beitrag der Mitglieder ein Ausgleich geschaffen wird.

Tabelle III.

Name der Organisation	1895		1900		Zunahme seit 1895	
	Wochen- beitrag	Beträger	Wochen- beitrag	Beträger		
Bauarbeiter	10	1750	15	17,901	16,151	
Bergarbeiter	7	8000	16	36,420	28,420	
Böttcher	9	4000	14	5582	1582	
Brauer	18	6018	30	11,410	5392	
Buchbinder	25	3871	35	10,447	6576	
Fabrikarbeiter	10	6787	14	30,847	24,110	
Färmer	20	2358	30	9153	6794	
Glaeser	15	1250	25	2772	1522	
Hafenarbeiter	9	2100	18	11,414	9314	
Holzarbeiter	15	29,992	25	73,972	43,980	
Konditoren	15	330	30	786	456	
Kupfergraphen					138,18	
Steindrucker	20	4024	40	5811	1787	
Maler	15	6958	25	10,906	3948	
Metallarbeit	20	33,297	30	100,762	67,465	
Müller	14	1279	20	1596	317	
Schmiede	15	1350	25	5500	4150	
Schuhmacher	15	9056	20	19,288	10,222	
Zopfzieher	15	768	25	4437	3654	
Textilarbeiter	10	17,000	20	34,333	17,333	
					101,96	

Die Ausgaben betragen in den beiden letzten Jahren:

	1900		1899			
	Wochen- beitrag	Beträger	Wochen- beitrag	Beträger		
Verbandsorgane	56	713,335	55	608,559		
Agitation	58	230,889	55	201,020		
Eintritt im Betrieb	40	2,005,338	41	983,140		
Eintritt in und. Betrieb	43	15,244	51	138,783		
Reisebüro	48	65,421	41	54,782		
Gewerkschaftsunterstützung	32	97,142	29	51,435		
Reiseunterstützung	40	401,028	35	304,391		
Arbeitslosenunterstützung	19	506,178	20	304,677		
Arbeitsamtsunterstützung	13	506,026	15	632,825		
Arbeitsbeamtenunterstützung	2	113,520	4	91,524		
Confidite Unterstützung	36	206,490	32	151,494		
Stellenbermittelung	9	4,345	6	2,048		
Posthilfen	14	6,854	10	4,390		
Confidite Zweite	32	300,725	45	147,488		
Konferenzen u. Generalversammlungen	39	115,057	46	102,187		
Beitrag an die Generalkasse	51	66,924	51	56,029		
Postkosten	13	4,737	13	3,245		
Gehälter	55	192,946	51	152,419		
Verbrauchsmaterial	58	230,000	52	189,559		

Die Zweigvereine verausgabten, resp. behielten an Prozenten der Einnahme in 46 Organisationen 1,379,283 M. Die letztere Summe ist aber keineswegs für Verwaltung in den Zweigvereinen verausgabt worden, sondern es werden aus den den Zweigvereinen verbleiben in Beträgen Unterstützungen an Mitglieder und für Streiks in anderen Gewerben gewährt, sowie die Ausgaben für die Bibliotheken, Stellenbermittelung u. dergl. gedeckt. Da eine einheitliche Berechnung dieser als Prozente der Einnahme der Zweigvereine verbleibenden Summe nicht in allen Verbänden erfolgte, so muß der Beitrag in der Statistik allgemein als Ausgabe der Zweigvereine ohne nähere Spezialisierung angegeben werden.

In den zehn Jahren, 1891 bis 1900, verausgabten die Gewerkschaften für Unterstützungs Zwecke folgende Summen: Rechtsschutz 276,925 M., Gemeßregelten-Unterstützung 595,783 M., Reise-Unterstützung 3,165,473 M., Arbeitslosen-Unterstützung 2,663,641 M., Kranken-Unterstützung 3,869,268 M., Invaliden-Unterstützung 432,648 M., Rothfall- und Sterbe-Unterstützung 684,975 M., zusammen 11,688,763 M. Nicht eingerechnet sind hierbei die von Zweigvereinen aus lokalen Mitteln gewährten Unterstützungen. Für die Verbandsorgane wurden in den zehn Jahren ausgegeben 3,909,815 M., für Streik-Unterstützung 9,237,637 M. Die für Unterstützungen und für die Bildung der Mitglieder (Verbandsorgane) verausgabten Summen überschreiten also die Ausgaben für Streikunterstützung in obigem Zeitraum um 6,360,941 M. Der auch heute noch so oft gehörte Vorwurf, daß die Gewerkschaften nichts als Streikvereine seien, richtet sich danach selber. In den einzelnen Jahren bewegten sich diese Ausgaben wie folgt:

Σ	Zusammen Unter- stützungen u. Verbands- organ	Streik- unterstützung		
			M.	M.
1891	388223	1037789		
1892	1319094	14943		
1893	1229104	65956		
1894	1350927	188930		
1895	1326285	253589		
1896	1513426	944372		
1897	1637219	881758		
1898	1810616	1073290		
1899	2207647	2121918		
1900	2819037	2625642		
	15598578	9237637		

Diese Gegenüberstellung soll den Streit keineswegs als minder notwendiges Kampfmittel bezeichnen; im Gegenteil wird dasselbe überall dort angewendet werden müssen, wo alle friedlichen Mittel der Unterhandlung und Warnung erschöpft sind und die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse das Fehlen des Streits nicht ausschließen. Aber uns liegt daran, mit dieser Darstellung den Nachweis zu führen, daß die Gewerkschaften nicht aus purer Lust am Streiten ihre anderen Ausgaben vernachlässigen, sondern denselben weit höher Mittel zutun und dabei Leistungen aufzuweisen haben, wie sie von keiner der übrigen, als Gewerkschaft sich bezeichnenden Organisation erreicht werden.

Die Ausgabe an sachlichen und persönlichen Verwaltungsaufgaben war auch im verlorenen Jahre eine verhältnismäßig geringe. Einen Vergleich über die Höhe der den Gewerkschaftsbeamten gezahlten Gehälter gegenüber früheren Jahren bietet die diesjährige Statistik nicht; sie kann dies deshalb nicht, weil diese Gehälter in der Regel nur in mehrjährigen Perioden auf den einzelnen Verbundsteigen erhöht werden und Schwellungen aus früheren Jahren, als 1899, nicht vorliegen. Solche Vergleiche können zweckmäßig nur in mehrjährigen Säulen erfolgen.

In letzter Zeit sind infolge eines Auftrages von Bruno Böttcher in der Sozialen Praxis über die Höhe der Gehälter der Arbeiterschaften in der Presse Lehrlinge Altersuntersetzungen gepflanzt worden, die das doppelte Ergebnis hatten, einmal das Interesse der vielfach unzureichend besoldeten Beamten zu wahren und die Aufmerksamkeit auf deren berechtigte Wünsche zu lenken, anderseits die hämische Kritik zurückgewiesen, die bürgerliche Blätter ultra-capitalistischer Richtung an Weiterorganisationen als Arbeitgeber zu über belieben. Es wird nun seitens des Verfassers der Statistik, Genosse C. Vogel, erneut erläutert, daß der Gedanke, den Beamten der Gewerkschaften eine anstrengende Beschäftigung zu gewähren, sich in immer stärkerem Maße Bahn bricht. „Für Allgemeinen“, gesteht derselbe aber zu, steht die Bejöldung jedoch noch recht niedrig. „Wir haben jedoch die begünstigte Hoffnung, daß dieser erwartete Gedanke, nachdem er schon in einzelnen Organisationen aufnehmliche Gehaltssteigerungen herbeigeführt hat, auch in den übrigen Gewerkschaften und Arbeiter-Einrichtungen tatsächlich Fruchtreiche zeitigen wird.“

Gingen wir hinzu, daß der nächstjährige Gewerkschaftskongresshoffentlich in der Einberufung der Gewerkschaftsbeamten gegen Alter, Invalidität und Rothlage der Hinterbliebenen einen entscheidenden Schritt vorwärts thun wird, so haben wir keinen Grund, hoffnungsvoller, als in früheren Jahren, in die Zukunft zu blühen. Die Gewerkschaften werden, je mehr sich in allgemeinen ihre Erwartungen bestätigen, was so durchgreifender auch in diesem Gebiete die Zukunft erfüllen. Für die verdeckte Kritik von Unionsgewerkschaften, die entweder für die bisher diese Organisationen bedrohenden Schwierigkeiten kein Verständnis besitzen, oder die Schwierigkeiten nur als bequeme Angriffs punkte ausnutzen wollen, haben sie nur Berichtigung übrig. Sicherlichlich der Unterstützungsseinricht

6 Werkstätten mit 26 Lehrlingen 9 Stunden, in 12 mit 58 Lehrlingen $9\frac{1}{2}$ Stunden, in 58 mit 252 Lehrlingen 16 Stunden, in zwei mit 11 Lehrlingen $10\frac{1}{2}$ —11 Std., in fünf mit 28 Lehrlingen 11 Stunden. Daraus ergibt sich, daß die Arbeitszeit der Lehrlinge bedeutend länger ist, als die der Gehilfen. Dazu kommt, daß es sehr oft vorkommt, daß die Lehrlinge nicht einmal ihre Frühstück- und Besprechungen ausüben können.

Der Meister D e l s c h i g, der zwar keine Gehilfen, dafür aber mehr Lehrlinge beschäftigt, verlangt, daß sich die Lehrlinge ihr Werkzeug während der Frühstück- und Besprechungen vorrichten sollen.

L e h r g e l d bezahlen 28 Lehrlinge, davon sind in Kost und Logis 14; das Lehrgeld schwankt zwischen 100 und 500 M^t. Die L e h r z e i t beträgt bei einem Lehrling 4 Jahre, bei $2\frac{1}{2}$, bei den übrigen 3 Jahre; ohne Kost und Logis sind 14; bei diesen schwankt das Lehrgeld zwischen 120 und 300 M^t. Die Lehrzeit beträgt bei diesen 3 Jahre. Über die Beschaffenheit von Kost und Logis wird bis auf eine Ausnahme nicht geplagt. Diese Ausnahme bildet der Schlossermeister W a g n e r, der zwei Lehrlinge beschäftigt. Die Schlafstellen derselben sind derartig beschaffen, wie man sie in einer Stadt wie Leipzig nicht für möglich halten sollte. Direkt neben der Werkstätte, die sich im Hofe befindet, ist ein Raum — oder eine Stammer, wenn man das Loch so nennen will; darin befinden sich zwei Bettenstellen, die ja ziemlich den ganzen Raum einnehmen. Die Betten stehen aus, als wenn Jahr und Tag nichts daran gehoben worden wäre.

Bei den übrigen Lehrlingen, die kein Lehrgeld bezahlen, beträgt die Lehrzeit: bei 140 Lehrlingen 3 Jahre, bei $61\frac{1}{2}$ und bei 185 4 Jahre.

Die Entschädigung, die die Lehrlinge erhalten, schwankt im ersten Jahr zwischen 1 und 3 M^t, im zweiten zwischen 2 und 4,50 M^t, im dritten zwischen 3 und 6 M^t, im vierten zwischen 4 und 7 M^t. In zwei Werkstätten bekommen die Lehrlinge überhaupt keine Entschädigung.

Was die M i t a b e i t des M e i s t e r s betrifft, so wird diese Frage zum großen Theil bejahend beantwortet.

Über die Arbeiten, die die Lehrlinge während ihrer Lehrzeit zu verrichten haben, ist festzustellen, daß der größte Theil die ersten Jahre nicht an den Schraubstock kommt und im höchsten Falle im letzten Jahre etwas andere Arbeit als alte Schlosser zu reparieren hat. Im übrigen ist ein großer Theil der Werkstätten, hauptsächlich in der inneren Stadt, derartig beschaffen, daß größere Arbeiten darin nicht hergestellt werden können, so daß die Hauptthätigkeit der Lehrlinge während ihrer ganzen Lehrzeit darin besteht, alte „Lärchen“ zu reparieren oder im allerhöchsten Falle mal eine Klingelleitung zu legen. In 14 Werkstätten müssen die Lehrlinge Arbeiten verrichten, die nichts mit dem Schlossergewerbe zu thun haben. Als solche sind, abgesehen vom Gängemachen für das Geschäft, zu erwähnen: Strafe feiern, Stolle drehen, Wäsche fortfahren, Holz hacken, Geschäfte für die Meisterin besorgen, Stiefel putzen, kurz und gut alle möglichen Arbeiten, die nicht zu den Funktionen von Schlosserlehrlingen, sondern zu denen der Dienstmädchen gehören.

Der Schlossermeister B e n n e m a n n in der Reichsstraße scheint ein ganz besonders ökonomisch rechnender Mann zu sein; er beschäftigt sich zum großen Theil mit Wasserleitungsbauten. Um nun bei dem oft damit verbundenen Erdarbeiten nicht überflüssiges Geld ausgeben zu müssen, läßt er sie gleich von seinen Lehrlingen ausführen.

Ganz eigentümliche Ansichten über die Erziehung und Ausbildung der Lehrlinge scheint der Schlossermeister D i l l i n g e r zu haben, der neben 4 Gehilfen 10 Lehrlinge beschäftigt. Ist die Zahl der Lehrlinge schon an und für sich eine hohe, so ist die Art ihrer Ausbildung eine gerade verdammtenswerthe. Dieser Meister macht u. A. auch in „Erfindungen“, und da hat er u. A. einen Karousell erfunden, das von den darauf fahrenden Personen durch Stehen an einer Schnur in Bewegung gesetzt wird. Das wäre an und für sich nichts Außergewöhnliches, wenn Dilling er sich damit begnügen würde, diese Fahrzeuge in seiner Werkstätte anfertigen zu lassen. Er zieht aber mit seinen Karousells auf verschiedensten Gelehrten herum. Da kann man sehen, daß der Werkführer mit der Premspfeife im Mund dafür sorgen hat, daß die Leute nicht zu lang ausgedehnt werden, während einem Lehrling die Aufgabe zufällt, mittelst einer alten Drehorgel usw. für das nötige Konzert zu sorgen. Obwohl Meister Dillinger sonst nicht im Geringsten mit der Arbeiterbewegung sympathisiert — er hat erst im Vorjahr trotz Widerspruches seiner Gehilfen die Arbeitszeit von $9\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden verlängert — schreibt er doch am 1. Mai seinen Werkführer und Lehrlingen auf den Festplatz, um sein Rehfeld aufzubauen und die fahrlässigen Arbeiter und Arbeiterinnen um einige Nüchtern zu erleichtern. Wir können ihn nicht hindern und wollen ihn auch nicht hindern, auf andere Weise als durch die Schlosserei Geld zu verdienen; aber ganz ehrlich müssen wir dagegen protestieren, daß man Lehrlinge zu diesen Arbeiten verwendet. Es bleibt den Schlosserlehrlingen, wenn sie infolge der Unfähigkeit oder Habensucht ihrer Meister nötig gelernt haben, noch Gelegenheit genug, in ihren späteren Jahren sich einer Karussell- oder Lustschau-Gesellschaft sich anzuschließen und als Orgeldreher zu vermischen. Im übrigen ist dieser Fall ein drastischer Beweis, wie ernst es den Herren Schlossermeistern mit der Regelung des Lehrzeitgewerbes ist.

Auch die Leipziger Schlosserinnung erläßt Vorschriften, die Bezug auf das Halten von Lehrlingen haben. Es heißt da u. A. im § 7, daß Lehrlinger, die sich wiederholt grobe Pflichtverletzungen zu Schulden kommen ließen, bestraft, ja, daß ihnen sogar das Recht zum Halten von Lehrlingen entzogen werden kann. Nun, wie hoffen, daß diese Zeilen der Schlosserinnung Veranlassung geben werden, endlich gegen den Auftrag, wie er hier geißelt worden ist, einzuschreiten.

Die W e h a n d l u n g der Lehrlinge wird in einer Werkstatt als grob, in 7 als streng und in den übrigen als gut bezeichnet. Körperliche Züchtigung ist in 26 Werkstätten üblich, in den übrigen fast gar nicht oder doch höchst selten. Dieselbe wird größten Theils mit der Hand ausgeübt. Nur einige machen davon eine Ausnahme. Da ist in erster Linie der Schlossermeister S a c k, der seine Lehrlinge mit Eisenstäben bearbeitet; auch beim Schlosser-

meister S e l i n g e r kommt es vor, daß Lehrlinge öfters mit Eisenstäben geschlagen oder geschimpft werden. Es ist dort hauptsächlich der Geselle K u d w i g, der glaubt, auf diese Weise einen Beweis seiner Bildung geben zu müssen. Die Behandlung, die der Schlossermeister V a t a h bei seinen Lehrlingen angewendet lässt, war schon öfters Gegenstand von Streitigkeiten. Derselbe hat nicht nur die liebenswürdige Gewohnheit, die ihm zur Ausbildung anvertrauten jungen Leute mit Rosenamen wie Brummochse, Rübenchwein usw. zu titulieren, sondern er benützt zur Ausübung der körperlichen Züchtigung nicht die Hand, sondern ein eigens dazu bereitstehenden Rohrstöck, oder, wenn derselbe nicht gerade zur Hand ist, verbindet er auch ein Stück Eisen oder einen Schraubenschlüssel usw. nicht. Es ist ein erhabener Andacht, die 16-, 17-, ja 18-jährigen Jungen mit dem Rohrstock bearbeiten zu sehen.

Unter „S o n s t i g e W e r k e r t u n g e n“ führen die einzelnen Ausfüller der Fragebogen an, daß es irgend welche Entschädigung für Überstunden, die die Lehrlinge zu leisten haben, nicht gibt. Ein Kollege bemerkt weiter, daß die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit eine vom Meister gesparte Summe von 60—70 M^t. baat ausbezahlt bekommen.

Das wäre ja im Ganzen das Resultat unserer Erhebung. Es ließe sich wohl noch vieles hinzufügen, aber es würde zu weit führen, all die Kleinigkeiten, die in einer derartigen Statistik enthalten sind, zum Ausdruck zu bringen. Wir reumiren: Es haben sich in Bezug auf die Lehrlingszucht Zustände entwickelt, die geradezu zu einer Gefahr für unsern ganzen Beruf zu werden drohen. Wir haben als Arbeiter im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unserer Organisation und der damit verbundenen Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage allen Grund, dafür zu wirken, daß die Lehrlinge herangebildet werden zu tüchtigen, leistungsfähigen Arbeitern. Denn der Arbeiter, der nicht leistungsfähig ist, kann nicht selbstständig auftreten, er wird leicht zum Spielball der Unternehmer und ihres Ausbeutungsglücks. Wenn wir den Kampf gegen etwas aufnehmen wollen, müssen wir uns mit all den Schwierigkeiten vertraut machen, die wir zu gewältigen haben. Überhaupt sind wir uns klar, daß unter Handwerkergesetz mit all seinen Rücksändigkeiten, seinen Zwangsinstruktionen, nicht geschaffnet worden ist, um den Arbeitern zu helfen, sondern um den seinem Untergang entgegengehenden Mittelstand zu „retten“. Wohl hat man auch den Arbeitern einen mageren Knochen hingegeben, indem man ihnen in den Zwangsinstruktionen gewisse Rechte, Scheinrechte eingeräumt. Die Gesellenauschüsse sind im großen Ganzen nichts Anderes als ein Dekorationsstück, von dem nicht das geringste Ersatzstück für die Arbeiterschaft zu erwarten ist.

Dass die Wirtschaftschaft im Lehrlingswesen groß geworden ist, dafür ist der beste Beweis der, daß selbst sächsische Fabrikinspektoren, denen man gewiß nicht vorwerfen kann, daß sie dem sozialpolitischen Geist der Arbeiter allzuviel Konzessionen machen, gestanden waren, auf das Uebertreibnachmen des Lehrlingswesens in einzelnen Berufen, ganz speziell im Schlossergewerbe, hinzuweisen. Die Arbeiterschaft hat diesem Krebskraxen in unserem Wirtschaftsleben noch lange nicht die Aufmerksamkeit geihent, die er erfordert. Wir wollen hoffen, daß unser Vorgehen auch auf die übrigen im Bauschlossergewerbe beschäftigten Arbeiter einen gewissen Eindruck nicht verfehlten wird. Man müßte in ganz Deutschland derartige Erhebungen veranstalten und die Resultate veröffentlichen. Wir sind überzeugt, daß wir dann Material bekommen würden, das auch vielen unserer Berufskollegen, die heute noch beim großen Haufen derjenigen stehen, die sich um nichts kümmern, die Augen öffnen würde. Wenn auch gegenwärtig die großen politischen Kämpfe, die die Arbeiterschaft gegen ihre Feinde zu führen hat, unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, so dürfen wir doch nicht die Kleinarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete vergessen. Wir werden dadurch einen günstigen Einfluß auf unsere Kollegen ausüben, neue Räumlichkeiten für unsere Organisation, neue Gesinnungsgegenstände für unsere Freien gewinnen. Karl Probst.

Metallarbeiter-Konferenz des 8. Agitationsbezirks.

Kostheim b. Mainz, 1. September.

Heute tagte hier unter dem Vorsitz von G r a f w e g, Kostheim und F u h r m a n n-Hanau die erste Konferenz des achten Bezirkes des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Vertreten waren 29 Verwaltungen durch 38 Delegierte. Nach Eröffnung durch den Bezirksvorsteher M a r t e r s t e i g-Offenbach und der üblichen Konstituierung erstattete zunächst H a u s m a n n-Mainz Bericht von der fünften Generalversammlung in Nürnberg, an den sich eine kurze Debatte schloß.

Sodann referierte M a r t e r s t e i g über den wichtigsten vorliegenden Punkt: B e s c h l u s s f a s s u n g über A n s t e l l u n g eines besoldeten Gauleiters. Die letzte Generalversammlung beschloß befürchtlich die Eintheilung des Wirkungsbereiches des Verbandes in vorläufig 10 Gau^e, von denen der Sieg des achten in Frankfurt a. M. sein soll und der die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, die Provinz Hessen-Nassau, das Großherzogthum Hessen, das Fürstenthum Waldeck-Pyrmont und das Fürstenthum Birkenfeld umfaßt. Er hat auf 36.444 Quadratkilometer Flächenumfang 18.545 Haupt- und 3029 Nebenbetriebe mit 116.273 Gewerbsthätigen der Metall- und Maschinen-Industrie, also per Quadratkilometer circa 0,66 Betriebe und drei Gewerbsthätige oder per Betrieb circa 5,4 Gewerbsthätige. Der Referent begründete mit Angaben aus seiner bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeit, die auch schon von zwei früheren Konferenzen anerkannt Notwendigkeit der Aufstellung eines besoldeten, also unabhängigen Leiters für diesen ausgedehnten Bezirk, die nicht allein im Interesse der Agitation, sondern auch der inneren Festigung der Organisation liege. Er erachtet im Sinne seiner Ausführungen zu beschließen, daß werde es hoffentlich gelingen, auch endlich einmal im „Königreich Stumm“ festen Fuß zu fassen. — Nachdem sich H a u s m a n n-Mainz und E t t l i g-Worms zusammengesetzt,

äußert, wird ein Schlußantrag mit Rücksicht darauf, daß diese Materie schon auf verschiedenen Konferenzen eingehend behandelt und diskutiert ist, angenommen und in namentlicher Abstimmung ein Antrag P l e i s e-Frankfurt: Die Konferenz bekennt nach § 18 Abs. 3 des Statuts ihrem Vorstande die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters — mit allen gegen die Stimme von Lämmerispiel zum Beschluss erhoben.

Es hatte nunmehr die Wahl einer die einlaufenden Bewerbungen prüfenden Kommission zu erfolgen. K ä p p e l-Offenbach beantragt, schon heute die definitive Wahl des Bezirksleiters zu vollziehen und schlägt den reittherigen Vertrauensmann M a r t e r s t e i g hierzu vor. Verbandssekretär R e i c h e l-Stuttgart: Auf der letzten Generalversammlung habe man den Vorstand so heruntergezogen, weil er sich nicht im Rahmen des Statuts gehalten habe und heute schiene die Konferenz sich über dasselbe hinwegsez zu wollen. Er werne vor Annahme dieses Antrages, der niemals die Zustimmung des Vorstandes finden werde. Im dritten Bezirk habe die Sache wesentlich anders gelegen, da der Kollege R o h r l a c k schon Jahre lang angestellt war und die Mitglieder beider Mecklenburg, die neu zum Bezirk gekommen seien, einmütig ihre Zustimmung erklärt. K ä p p e l zieht seinen Antrag zurück. In die Kommission werden per Stimmentzettel gewählt: B o r n e m a n n-Frankfurt, K ä p p e l-Offenbach, W u r t z-Darmstadt, G a r b e-Kassel und H o s n a u-Wiesbaden. Der Vorstand soll die Stelle in Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung ausschreiben. Bewerbungen sind mit einer Abhandlung: „Meine Aussagen als Gauleiter“, verkleidet, mit der Aufschrift „Gauleiter“, bis zum 15. Oktober an F. B o r n e m a n n, Frankfurt a. M., Stolzestraße 15,2, einzureichen. Damit ist der Punkt erledigt.

Nach Besprechung einiger interner Verbandsangelegenheiten schließt F u h r m a n n-Hanau mit F. L u y die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verein.

Zur Abstimmung im Centralverein der deutschen Formier

veröffentlichten Vorstand und Ausschuß dieses Vereins folgendes:

Wie bekannt sein dürfte, fand am 11. August eine Urabstimmung statt. Es handelte sich um die Verschmelzung des Centralvereins der Formier mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verein. Das Resultat der Urabstimmung ist folgendes: Von 6724 stimmberechtigten Mitgliedern haben nur 3944 ihre Stimme abgegeben; davon waren 2011 für die Vereinbarungen und 930 gegen dieselben gestimmt. Es haben sich somit 2756 Mitglieder der Abstimmung enthalten. Die statutarisch festgesetzte $\frac{1}{2}$ -Majorität ist nicht ganz herausgekommen, wohl aber haben über $\frac{1}{2}$ der Abstimmenden für den Uebertritt gestimmt.

Da ein großer Theil Mitglieder überhaupt nicht abgestimmt hat und anzunehmen ist, daß dieser der Bewegung völlig interesslos gegenübersteht, eine große Mehrzahl aber für den Uebertritt zum Metallarbeiterband vorhanden ist, so sich der Vorstand des Centralvereins der Formier genötigt, nochmals Rücksprache mit dem Vorstande des Metallarbeiterverbandes zu nehmen. Dieser erklärte, auf Grund der Sonderbestimmungen (s. b. Nr. d. Bl.) die in Dresden getroffenen Vereinbarungen trotzdem aufrecht erhalten zu wollen.

Die Unterzeichneten sehen sich daher und in Abbruch bessern, daß die Hauptkasse völlig erschöpft ist, veranlaßt, den Centralverein der Formier am 30. September aufzulösen und vom 1. Oktober ab den Uebertritt in den Metallarbeiterverband in die Wege zu leiten. Von denjenigen Kollegen, welche gegen den Uebertritt gestimmt haben, wäre zu wünschen, daß sie sich der Majorität anschließen, damit der Uebertritt sich gemeinsam vollzieht und zu Gunsten der allgemeinen Formierlichkeit eine jede Berßplitterung vermieden wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Protokolle von der letzten Generalversammlung in Nürnberg diene zur Nachricht, daß die auf Grund der Beschlüsse angefertigten Protokolle vollständig vergriffen sind und jetzt einlaufende Neu- oder Nachbestellungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Für einen zu bildenden Agitatorbezirk, bestehend aus den Regierungsbezirken Koblenz und Trier der Rheinprovinz, dem Fürstenthum Birkenfeld, dem Großherzogthum Hessen, der Provinz Hessen-Mosau und dem Fürstenthum Waldeck-Pyrmont soll nach einem vom Vorstand auf Antrag eines Bezirksleiters gefassten Beschluss ein,

befolgender Bezirksleiter

angestellt werden und wird diese Stellung hiervon zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Thätigkeit und beträgt der Gehalt für das erste Jahr 1920 M^t, steigt jedoch mit der festen Anstellung auf 2160 M^t. Und den Bewerbungen muß das Alter und die bisherige Thätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Zugelassen zur Bewerbung sind nur Verbandsmitglieder. Bewerbungen sind in geschlossenem Briefumschlag mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ verkleidet und bis zum 28. September 1901 an den Vorstand von der Konferenz ernannten Kommission F. B o r n e m a n n, Frankfurt a. M., eingezogen.

A u s g e s c h l o s s e n aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltung in Braunschweig: der Drathmeier Richard Behmke, geb. zu Berlin am 13. Mai 1879, Buch-Nr. 428,030, wegen betrügerischer Manipulationen.

Nicht wieder aufgenommen werden darf: der Schmied Paul Schindler, geb. zu Fürstenwalde am 8. April 1874, Buch-Nr. 7, wegen gegen den Verband betriebener Agitation, der Magistrat, geb. zu Münchenbernsdorf am 9. März 1869, Buch-Nr. 359,645, wegen unreeller Manipulationen, der Maschinenflosser Stephan Seifer, geb. zu Barnsdorf am 28. April 1883, Buch-Nr. 366,313, Fälschung eines Mitgliedsbuches.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluss bezw. Nichtniederlassung wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die Anträge auf Ausschluss begründenden Vorwürfe mit dem Beweis gegeben, daß sie sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Der Galvaniseur Friedrich Linß, B.-Nr. 429,001, nach dem von der Verwaltung in Waltershausen gestellten Antrage Unterschlupfung von Verbandsgeldern betr.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/I** zu richten, und ist auf dem Postabzählnum genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. August 1901 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von Aalen Mf. 45. Altenburg 800. Altona 800. Arnstadt i. Thür. 45. Baden-Baden 84,72. Barmen 800. Bautzen 85. Bernburg 200. Beuthen 339,20. Brandenburg 2,60. Brandenburg 800. Bremen: Allg. 400, Gold- und Silberarbeiter 200. Bremerhaven 600. Breslau, Membran 200. Cottbus 800. Chemnitz 400. Dessaу 200. Döbeln 100. Durlach 250. Eisenach 200. Esslingen 50. Flensburg: Allg. 300, Klempner 100. Forst 75. Fürth: Allgemeine 200, Schläger 500. Gmünd (Schwäb.) 120. Göppingen 300. Görlitz 600. Grünthal 170. Hainholz 80. Halle a. S. 650. Heiligenhaus 70. Hersbruck 78,90. Hirschberg i. S. 8. Hohenstein-Ernstthal 200. Höchstädt a. N. 80. Jechtingen 200. Jüchsen 90. Kellertbach 91,05. Kiel 400. Köln-Ehrenfeld 200. Landsberg a. Warthe 160. Landshut 100. Langen 42,50. Lechhausen 35. Limbach 50. Linden: Allg. 800, Feilenhäuser 30. Lübeck 600. Ludwigsfelde 200. Ludwigshafen 400. Magdeburg 3270. Mannheim: Allg. 800, Baumgässer 100. Martin-Luther 100,40. Meißen 200. Merseburg 150. Meitnau 29,04. Mühlhausen i. Thüringen 102,69. München, Mondeure 281,64. Nienburg 90. Neu- stadt i. S. 136,15. Niederschlesien 300. Nürnberg a. S. 400. Northeim 40. Novitates - Neuendorf 100. Nürnberg, Schleifer 200. Oberjohlema 237,60. Oelde 33,45. Oelsnitz 21,26. Offenbach am Main 700. Osterwieck am Harz 40. Pries 180. Quedlinburg 280. Raifelden 420. Röbeln 100. Rosnay 300. Roth am Sand 40. Sangerhausen 220. Sorau 40. Schönebeck a. Elbe 200. Schramberg 60,90. Stettin 400. Stuttgart 1000. Thale 40,20. Uerden 45,45. Vegesack 350. Wilhelmshaven - Bant 400. Witten a. Ruhr 21,20. Wolfsbüttel 212,57. Wunsiedel 29. Zeit 100. Einzelmitglieder der Hauptkasse 420. Für: Erzbücher 9,20. Kassettier 13,50. Protokolle der 4. ordentlichen Generalversammlung 45. Protokolle der 5. ordentlichen Generalversammlung 6,10. Zinsen vom angelegten Gelde 2405,03. Zurückbezahlt Schuld von: Chr. Schumacher, Jenaerbach 10. R. Räder, Landau 3.

Die Verwaltungsfälle, Bevollmächtigten und sonstige Einzeler von Gelben werden hiermit dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände sofort an uns berichten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Leichsen. Den Metallfächlern, die hierher wollen, um zu arbeiten, zur Freiheit, daß ihnen ein Mangel an Arbeitsermittlung ist, so daß gegenwärtig nicht alle freien Gehilfen beschäftigt werden können. Zugang von Gehilfen ist daher zu verweisen.

Stettin. Zu die Regierungskräften, die den Regierungsleiter zu unterstützen hat, wurden gewählt die Kollegen: Hammiger, Schneemann, Götsch und Grüne.

An die Verwaltungsfälle des 6. Agitationsbezirks des D. A. B.
Provinz Hannover (eigter Regierungsbezirk Hildesheim), Großherzogtum Oldenburg, Provinz Sachsen-Anhalt und die freie Stadt Hanburg, Lübeck, Bremen.

Ein Einverständnis mit dem Vorstand und der Agitation-Kommission für Sachsen-Anhalt kommt hiermit eine Konferenz am Sonntag, den 6. Oktober 1901, Vormittags 10 Uhr, nach Hanburg in das Hotel des Herrn Hilmer, Goethesstr. 25, ein.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1) Bericht der Agitation-Kommissionen.
- 2) Beschlussfassung über Anstellung eines Bezirksleiters.
- 3) Wahl der die Bewerbungen prüfenden Kommission.
- 4) Verschiedenes.

Die Wahlen zu dieser Konferenz werden auf Grund des § 17 Abs. 3 des Statuts vorgenommen.

Ich ersuche alle Verwaltungsfälle des Bezirks, sich an dieser Konferenz zu beteiligen und mir die Zahl der Delegierten mitzuteilen.

Anträge und auf die Tagesordnung bezügliche Wünsche sind baldigst an mich gelangen zu lassen.

Um diejenigen Delegierten, die Abends nicht mehr nach Hause fahren können, müssen mir davon Kenntnis geben, damit für sie Nachquartier bereit werden kann.

Mit toll. Gruß
R. Schle, Vertrauensmann,
Hannover, Spinnereistr. 7, 4. Et.

An die Verwaltungsfälle des D. A. B. in Bayern r. d. Rhineins.

Im Einverständnis mit dem Hauptvorstande beruft Unterzeichneter auf Sonntag, den 27. Oktober, Vormittags 9 Uhr, nach Nürnberg in den "Englischen Hof", hintere Fischergasse, eine

Bezirks-Konferenz

ein.

Probisprische Tagesordnung:

- 1) Beschlussfassung über die Bezirksvereintheilung des zehnten Agitation-Bezirks.
- 2) Event. Wahl einer Kommission nach § 15 Abs. 3.
- 3) Anträge.

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach § 17 Abs. 3. Mandatsformulare werden zugesandt.

Anträge müssen bis zum 21. Oktober an Unterzeichneter eingesandt werden.

Mit toll. Gruß
Die Agitation-Kommission Nordbayerns.
F. L. Ph. Rögner,
Nürnberg, Neugasse 44.

Mitteilungen aus der Metallindustrie.

Das Höhenwalzwerk (Blechseile) in Schalke wird am 1. Oktober den Betrieb einzstellen. Sämtlichen Beamten ist gekündigt. Am 29. Juli wurde 49 Arbeitern gekündigt und am 15. August 20. Der Betrieb für keine Gastohre wird bis zum 1. Oktober aufrecht erhalten.

Schiffbau und Zolltarif. Zu diesem Thema wird der "Frankf. Atg." von der Nordsee geschrieben:

"Zu den wenigen Lichtpunkten im neuen Zolltarif gehört, daß die Freiheit der Materialien für den Schiffbau beibehalten ist; sie ist sogar auf Flurfracht ausgedehnt, die bisher an dieser Bergumwidigung keinen Anteil hatten. Jahre lang haben Borkämpfer der Eisenindustrie hiergegen angegriffen und es als eine ganz unbegründete Ausnahme behandelt, daß die Werften an der See für fremdes Eisen verantworten oder daß sie die deutschen Eisenwerke zwingen könnten, mit überzolltem ausländischen Eisen in Weltmarktz zu treten. Seit einiger Zeit ist es davon still geworden, woraus zu entnehmen, daß die Eisenwerke ja überzeugt haben, daß in der That der deutsche Schiffbau die erwähnte Zollfreiheit nicht entbehren kann oder aber, daß die Regierung hieran so fest überzeugt ist, daß alle Bemühungen, die Aufhebung herbeizuführen, fehlgeschlagen würzen. Wenn die deutschen Schiffswerften in Bremen und Kiel wohl lügen, so wäre es für sie von minder großer Bedeutung, ob sie ausländisches Eisen verwenden müßten oder fremdes bezahlen dürften. Sie liegen nun über einmal an der Elb- und Weser-Mündung, in Bremen, Stettin und Danzig. Dort kann man englisches Eisen billiger haben als deutsches, welch letzteres sich um die Eisenbahnen nicht vertheidet. Und mit englischem Eisen, die das billigste englische Eisen gar an Ort und Stelle verwenden dürfen, müssen nun doch einmal die deutschen konkurrieren; wenn sie das nicht können, gehen die Aufträge der deutschen Reederei nach England. Dem glauben nur die Schiffsägler mit ihrer Altheilmittel anhelfen zu können: man könnte ja nur einen Zoll auf fertige Schiffe legen. Allein nun erklären die Reedereien, wenn man das thäte, ja würde ihnen der Weltmarkt mit den englischen Reedereien, die über ja viel billigere Schiffe verfügen, unmöglich, und dann wäre der bisher so glücklichen Entwicklung der deutschen Schiffsahrt ein komma überflüssiges Hindernis geboten. Die Seeschiffahrt ist doch nun einmal ein internationales Gewerbe, daran kann keine Radikalisierung ändern. Dies und der Geweis auf die großen Zukunftsperspektive des deutschen Schiffsbaus, der selbst keinen Zollschutz genießt, oder auch nicht erlangen kann, daß er zollverantwortliche Beaten verwenden soll, machen die Absehung des Verlangens der deutschen Eisen-Unternehmen bestreitbar zu sein. Man hat denn doch nicht den Plan gehabt, eine Industrie anzuziehen, die 10,000 Arbeiter beschäftigt und allein vom Norddeutschen Zoll in den letzten neun Jahren Aufträge im Gesamtwert von 177 Millionen gehabt hat, wobei mit 22 Millionen auf die jagen Subventionsempfänger entfallen, die in Deutschland von französischem Material gebaut werden müssen. In der selben Zeit hat der Zoll aus Ausland mit Aufträge im Wert von 17 Millionen Pfund gegeben. Es liegt doch am Ende ja im Interesse der deutschen Arbeit, daß dies Verhältnis nicht gefährdet werde."

B u n d s c h a u .

Neben die gewerkschaftlichen Organisationen auftretend anerkannt der Gewerke-Vappelion-Sekretär für Bützow. Es wird festgestellt, daß es in der Regel "die besten Arbeitnehmer sind, welche den Organisationen angehören" und daß "nur eine trügerische Verwaltung der Arbeitnehmer frühere Errungenheiten dauernd halten und dadurch eine Wiederholung der Kämpfe verhindern sollte". Auch tritt dieser Bericht "der noch viel-

sach hervorlegenden irrtümlichen Auffassung, als ob es sic bei Lohnbewegungen organisierter Arbeiter um plötzliche Entschließungen unruhiger Elemente handle", entgegen, und stellt die Thatache gegenüber, "daß jeder Lohnbewegung ein planmäßig geordnetes Verfahren innerhalb der gesamten Organisation vorausgehen hat". Der Umstand, daß die zentralen Instanzen in der Regel vom Ort der Lohnbewegung weit entfernt seien, ermögliche eine ruhige Prüfung der für die Bewegung geltend gemachten Gründe, wozu auch die genaue Kenntnis der Lage des Arbeitsmarktes beitrage. Zudem würden nicht genehmigte Streiks nicht unterstützt und die Teilnehmer hätten alle Konsequenzen eines ungünstigen Ausgangs selbst zu tragen. "In dieser Ordnung der Dinge und bei ruhigen und erfahrenen Männern an der Spitze, die auch die Obere der führen suchen, den Arbeitern auf friedlichem Wege Zustimmung zu erringen, liegt eine sichere Gewähr gegen leichtfertige Veruntreuungen der Industrie und der Arbeiter, die sich mit ihrer Familie nicht brotlos machen wollen."

Das Gewerkschaftskartell als — Steuerzahler. Dieses Motiv hat die fürstlich reußische Regierung in Gera geschaffen. Die "Reußische Tribune" berichtet: "Ein neues Gewerbe hat der Staatsstatistus entdeckt: Das heisige Gewerkschaftskartell hat die Aufforderung erhalten, sich zur Einkommensteuer einzuhängen, und zwar soll das Einkommen aus Gewerbe angegeben werden." — Womit eigentlich das steuerpflichtige Gewerbe des Gewerkschaftskartells besteht, daß weiß freilich vorläufig nur die fürstliche Bezugstreuerneinahme. Hinnerich eröffnet der neue Schritt gegen das Gewerkschaftskartell eine großartige Zukunft für den Staatsjädel. Jede Gewerkschaft, jeder politische Verein, jeder Regel- und Statthalter, ja schließlich jede Kaffeehausgesellschaft kann danach zur Steuer herangezogen werden, so daß die Staatskasse zum Platz voll wird. Der Statistus sollte sich diesen neuen Gedanken patentieren lassen.

Wem verdienen wir in Deutschland die Sozialpolitik? Der gewerkschaftliche Verbandsredakteur und freiheitliche Landtagsabgeordnete Goldschmid-Berlin, so berichtet das Schuhmachersblatt, hat es den gewerkschaftlichen Schuhmachern in Weissenfels anlässlich ihres 25jährigen Stiftungsfestes gefragt: Der bestorbenen Seifert in Friedrich! Eine nagelneue Entdeckung. Wir haben zwar vor der von den schwersten Schicksalschlägen heimgesuchten Frau alle Achtung gehabt, allein daß sie auch die Erfinderin der deutschen Sozialpolitik war, wußten wir nicht. Wir waren nämlich bisher immer der Meinung, daß sie eine Errungenschaft der deutschen Arbeiterschaft sei. Aber Herr Goldschmidt weiß es besser.

Streitposten stehen schon wieder grober Unzug! Gelegentlich der Differenzen, welche die Metallarbeiter vorigen Winter mit der G. Seebachschen Werk in Geestemünde-Bremervörde hatten, war es namentlich der Arbeitsschluß der Metallindustriellen in Hannover, der sich redliche Mühe gab, Streitbrecher zu vermittel. Natürlich wurde von Seiten der Organisation der Metallarbeiter dem entgegen gearbeitet. Hier positioniert es u. a. auch, daß der Metallarbeiter R. wegen Streitpostenstehens notiert wurde. Er sollte "das Publikum belästigt", ergo "groben Unzug" verübt haben. Das Schöffengericht erkannte dieserhalb auf 10 M. Geldstrafe eben 2 Tage Haft. Da R. ein sehr ruhiger und vorsichtiger Mensch ist, der sich seiner Übertrretung bewußt war, so legte er gegen seine Verurtheilung des Prinzips halber Berufung ein. Indes auch die Strafkammer als Berufungsinstanz schloß sich dem Urtheile des Schöffengerichts an. In der Begründung des Urtheils heißt es charakteristischer Weise unter Anderem: "Es ist nun anzunehmen, daß die Angeklagten, die dem Angeklagten auf seine Anrede nicht geantwortet haben, diese als Belästigung erkannt haben und daher gewürdigt haben würden" usw. R. wandte sich auch noch an das Oberlandesgericht in Celle, welches indeß unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten v. Reden erkannte, daß auch die Revision zurückzuweichen sei, da der Vorsitzender eine "Belästigung des Publikums", nicht bloß eine Belästigung einzelner Personen, festgestellt habe. Die Belästigung des Publikums liege darin, daß der Angeklagte ohne Aufzahl Reden angebrochen und ein Theil der Angeklagten sich belästigt gefühlt habe. Also, es bleibt beim "groben Unzug".

Wann ist ein Arbeiter invalide? Zu dieser für unsere Verhältnisse wichtigen Frage liefert die "Neue Tribune" einen interessanten Beitrag:

Ein Handarbeiter in Langenhessendorf (Kreis j. L.), 46 Jahre alt und noch ledig, hat den Antrag auf Genehmigung der Invalidrente gestellt und begründet diejenigen damit, daß seine Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Das ist nach den gesetzlichen Bestimmungen dann anzunehmen,

wenn der Versicherte dauernd außer Stand gesetzt ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter bürgerlicher Veräußerung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemessen werden kann, ein Drittel des jetzigen Beitrages zu erzielen, das körperlich und geistig gesunde Personen gleicher Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen."

Das Landratsamt sah sich jedoch genötigt, beim Bürgermeisteramt in Langenhessendorf anzufragen, wie best der Verdienst der dortigen Handarbeiter sei. Und die amtliche Antwort auf die amtliche Frage lautet: Die tatsächlichen Handarbeiter verdienen pro Woche 8—10 M., die älteren nur 6—8 M. Und mit solchen Löhnern müssen die armen Eltern auskommen! Nunmehr hat das Landratsamt bei dem Arbeitgeber des Antragstellers, einem Fabrikanten in Greiz, angefragt, was der Mann verdiente, wozu die Antwort einging: 3,65 M. pro Woche. Und das Resultat dieser Feststellungen? — Der arme, wirkliche, frische und invalide Mann mit diesem elenden Verdienst kann keine Invalidrente erhalten, nicht weil er zu viel, sondern weil seine Kollegen, die gesund und rüstig sind, zu wenig verdienen. 3,65 M. sind eben, wenn auch

aum wenig, so doch immerhin etwas mehr als ein Drittel von 6—8 Mr. oder 8—10 Mr.

„Nieder mit der Volksbildung“, das wird die Devise sein, wenn nach dem Wunsche des Osnabrücker Katholikentages die Volkschule dem Clerikalismus beider „christlicher“ Konfessionen ausgeliefert wird.

„Es wird zu viel gelernt.“ meinte der Oberpfarrer Drammer aus Nachen auf dem Parteitag des Zentrums; es gäbe Sachen, die etwas verhindert werden könnten, Sachen, die die Jugend doch nach einem halben Jahr vergessen habe. Dafür der empfohlene Gottesmann, „Herz und Gemüth zu bilden“. (Sprüche, Psalmen, biblische Geschichts!) „Wissen ist gut, aber macht doch begehrlich“, sagt die konservative „Schul- und Kirchenzeitung“.

„Die Pastoren haben die Pflicht, dahin zu streben, daß nicht durch Vereinzierung von Bildungslelementen in die Schule, die vielleicht für den Handwerkerberuf hinreichen würden, die Jugend zum Verlassen der Heimat veranlaßt werde. Wenn die Schule auf dem Lande darauf wirkt, daß die Kinder frömm, zufrischen, fleißig und geistig werden, steht sie sich ein hohes Ziel und schafft Segen, während sie Unguisiedenheit, Habitus und Unsegen wirkt, wenn sie beispielswise durch Unterricht in Naturkunde, Geschichte, Geographie und Zeichnen den Kindern Anlaß gibt, ihrem ländlichen Berufstreife zu entfliehen. Wissen ist gut, aber macht doch begehrlich.“

Als im Jahre 1897 die Einführung eines sehr bescheidenen naturwissenschaftlichen Unterrichts für die mecklenburgische Volkschule angeregt wurde, wandte sich das „Mecklenburger Schulblatt“ mit folgenden Worten gegen diesen Plan:

„Hilfe Dich vor dem ersten Schritt, noch stehst Du unbedingt von dem falschen Götz in der Wissensstadt! Hast Du diesem Satan erst den kleinen Finger gegeben, so erfaßt er nach und nach die ganze Hand. Du bist ihmrettungslos verfallen, mit geheimer Zauberkraft umgarnt er Dich und führt Dich hin an den Baum der Erkenntnis, und hast Du einmal davon gefestet, so zieht es Dich immer mit magischer Gewalt zu dem Baume zurück, ganz zu erkennen, was wahr und was falsch, was gut und was böse sei. Wahre Dir das Paradies Deiner wissenschaftlichen Unschuld!“

Das heißt: Bleibe dummn und unvorsichtig! Lasse die Früchte vom Baume der Erkenntnis Denen, die das Volk ausschließen und unterdrücken wollen. Wie sagte doch vor einigen Jahren ein christlich-frömmer Ugarier? „Der dumme Arbeiter ist der beste.“

Vom Segen der Unfallversicherung. Mit welchen Gefahren es für die ungünstlichen Opfer der Industrie verknüpft ist, ihre Ansprüche für erlittenen Schaden geltend zu machen, das mußte jetzt ein Arbeiter in Bochum, der Portier Löppertwein, erfahren, der sich vor der dortigen Strafkammer zu verantworten hatte, weil er die rheinisch-westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgegenständigkeit betrogen haben soll. Der Angeklagte erhielt im Jahre 1889 auf den Wettbewerbsverfahren eine Verlehung, als deren Folge sein rechter Arm fehl blieb. Als volle Rente erhielt er von der Berufsgenossenschaft monatlich 75 Mr. Eine Untersuchung im Jahre 1891 ergab die noch vorhandene Erwerbsfähigkeit des Löppertwein. Auf Antrag der Berufsgenossenschaft wurde er Ende vorigen Jahres wiederum einer Untersuchung unterzogen, bei welcher eine bedeutende Besserung des Armes konstatiert wurde: der Portier selbst bestätigte die Besserung. Nun wurde ihm die Rente gänzlich entzogen und der Staatsanwalt — jedenfalls auf Antrag der Berufsgenossenschaft — erhob gegen ihn Anklage wegen Betrugs bezw. Beträugsversuch. Die gerichtsamtlich angeordnete nochmalige Untersuchung des L. führte zu dem ärztlichen Befund, daß diesem eine Rente von 20—30 Prozent weiter zu zustehe, eine völlige Heilung des Armes sei nicht vorhanden. Das Schwurgericht sprach daraufhin den Angeklagten frei — aber der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Glücklicherweise hatte er damit keinen Erfolg, die Berufung wurde seitens der Strafkammer unter folgender Begründung verworfen: Dem Empfänger der Rente steht die Berufsgenossenschaft als Partei gegenüber. Wenn der Rentenempfänger der Berufsgenossenschaft gegenüber nicht ganz objektiv bei der Wahrheit bleibt, so ist das kein Verzug, da dem Angeklagten eine betrügerische Absicht nicht nachgewiesen sei. In Wirklichkeit habe der Angeklagte zugegeben, daß in dem Befinden des Armes eine Besserung eingetreten sei. Wenn er nicht den vollen Grad der Besserung mitgetheilt habe, so sei das damit zu erklären, daß der Angeklagte der Meinung gewesen sei, den preisen Arme zu lebens nicht mehr gebrauchen zu können, da er so viele Jahre nicht arbeiten könnte. — Hätte das Experiment, für welches die Staatsanwalte blechen muß, zu einem für die Berufsgenossenschaft erwünschten Ergebnis geführt, dann war das die Einleitung zu einer neuen Ära der Rentenquitscherei.

Internationale Streitstatistik. Die Zahl der Streiks in Deutschland, England und Frankreich ist nach der Zusammenstellung der Berliner Halbjahreszeitung „Der Arbeitmarkt“ von 131 im Jahr auf 86 im Juli zurückgegangen. Die Zahl der Streikenden in England und Frankreich fiel von 18,006 auf 13,637, während sie in Deutschland infolge des Ausstandes der 3000 Zollarbeiter in der Vierjahrszählung jedenfalls ein Steigen ergeben wird. Den stärksten Einfluß auf das wirtschaftliche Leben übt im letzten Monat der große Ausstand der Stahlarbeiter in den Vereinigten Staaten, der in eine für einen Zeitspann ungünstige Zeit fällt. Die höchste Zahl der Streikenden betrug circa 74,000. Die Vereinigten Staaten verzeichneten im Juli noch einen zweiten Riesen-Ausstand. In New-York streiken die Schneider; die Angaben über die Zahl der Streikenden schwanken zwischen 21 und 50,000. Den Streik der Landarbeiter in Italien ist eine Reihe von Ausständen industrieller Arbeiter gefolgt: in Rom die Bauarbeiter, in Mailand die Kanal- und Feldarbeiter, in Mailand die Fabrikarbeiter der Staatsmünzfaktur.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Der Streik der Hamburger Kupferschmiede ist nach 17-wöchiger Dauer resultlos beendet worden. Eine am 3. September tagende Versammlung der Streikenden beschloß folgende Resolution: „Nachdem seitens der Kollegen im Kampf, welcher durch die 10-tägige Ausspaltung wegen Beleidigung an der Mitarbeiter von Seiten der Arbeitgeber probotzt wurde, die dagegen gestellten Forderungen bis auf eine (Regelung des Arbeitsnachweises) fallen gelassen und die Arbeitgeber sich zu keinen Verhandlungen eingelassen haben; nachdem ferner die Kollegen, welche während des Streiks in Hamburg die Arbeit aufgenommen haben, den Kampf durch ihr unitossegnliches Verhalten illustriert machen, hält es die heutige Versammlung für nützlich, den Kampf weiter zu führen, und empfiehlt nach Beilegung des Streiks, die Frage des Arbeitsnachweises in gütlicher Verhandlung zu erledigen.“ — Zugang ist noch fern zu halten.

Auf dem internationalen Kongress der Glasarbeiter, der in Hannover tagte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der am 25. August und folgende Tage im „Wallhof“ zu Hannover tagende internationale Glasarbeiter-Kongress spricht seine tiefe Entrüstung über das Vorgehen der deutschen Flaschenfabrikanten aus. Der Kongress erklärt den Generalstreik, den die Glasarbeiter unternommen, als das einzige Mittel, um sich ihrer Lage völlig zu sichern. Die aufgestellten Forderungen sind so gering, daß die übrigen Nationen bedauern, daß dieseshalb ein Streik entstehen könnte. Der Kongress hat die seite Hoffnung, daß der Sieg der Glasarbeiterwerke nurz, und nacht es den deutschen Kollegen zur höchsten Pflicht, im Kampf auszuhalten, bis der Sieg der Arbeiter ein vollständiger ist und das Abschlußrecht sowie alle anderen Forderungen befriedigt sind. Insbesondere versprechen die englischen Delegirten wie auch die übrigen Nationen, den deutschen Glasarbeitern so lange bedeutende Unterstützungen zu geben, bis der Sieg der Fabrikanten die Forderungen der Glasarbeiter erreicht hat.“

Der 34. Jahrestag der englischen Gewerkschaften trat am 2. September in Swansea zusammen. 109 Delegirte, darunter mehrere Frauen, vertreten 1,250,000 Gewerkschaftsmitglieder. Nicht vertreten sind die Maschinenbauer (Engineers), die Bergleute von Northumberland und Durham, sowie eine ganze Reihe kleiner Organisationen. Mr. Sam Woods, Sekretär des parlamentarischen Komites, verlas den Jahresbericht.

Wir entnehmen dem Bericht folgende Sstellen: „Zudem wir den 34. Jahresbericht dem Kongress überreichen, bemerken wir, daß im Berichtsjahr viele Fragen vorgekommen sind, die für die Gewerkschaften von riesigem Interesse sind. Obgleich nur wenige legislative Maßnahmen ergripen wurden, gibt es doch einige Arbeitertechte, die im Laufe des Jahres bedeutende Verbesserungen erfahren haben. Das gilt besonders von den Gesetzen über Unfallentschädigung. Die in diesen Fragen geführten Prozeße sind überall zu unseren Gunsten ausgefallen.... Irregelmäßige industrielle Reform zum Wohle der Arbeiter ist von diesen Parlamenten nicht zu erwarten. Die Regierung bereitet derartige Versuche... In Bezug auf die Erziehungsförderung ist es klar, daß jeder Freund der Volksbildung die Handlungen der Regierung betrachten muß, damit ihre Schulpolitik nicht zur Verleugnung oder gar zur Vernichtung aller höheren Volksinteressen führt.... Die Beschwörung der Postbeamten über die Beschränkung ihrer politischen Rechte haben zwar, Dank der energischen Agitation der Postbeamten, einige Berücksichtigung erfahren, aber es bleibt nach dieser Richtung hin noch Vieles zu wünschen übrig.... Die wichtigste aller Fragen ist die Entschließung der Lords in Sachen der Taft-Dhal-Eisenbahn. Sie überstatter alle anderen Fragen. Wir haben in den letzten zwanzig Jahren bedeutende Gelbhummen auf Rechtsentscheidungen ausgegeben, um unsere Kassen zu schützen. Wir hatten geglaubt, daß unser Zweck erreicht war. Eine ganze Reihe von bedeutenden Männern waren früher derselben Ansicht, so Friedrich Hartmann, Mundella, Richter Wright, Georg Howell und auch die Richter der zweiten Instanz, die über den in Frage stehenden Prozeß zu entscheiden hatten. Die Entscheidung der Lords und ihre Begründungen greifen in die Lage der Gewerkschaften so tief ein, daß wir uns sofort an unseren Rechtsbeistand um Rath wandten. Es kam zum Schluß, daß es nunmehr unmöglich sein wird, einen Streik auch nur eingeräumt erfolgreich zu führen, ohne illegale Handlungen zu begehen. Die Verantwortlichkeit ist eine korporative; unsre Kassen sind nicht mehr geschützt. Jedoch meint unser Rechtsbeistand, daß es durch eine Änderung der Gewerkschaftsstatuten vielleicht möglich sein dürfte, einen Theil unseres Vermögens außer Gefahr zu bringen.... Sonst haben wir verschiedene Erfolge nach mehreren Richtungen hin zu verzeichnen. In Folge unserer Deputation bei den obersten Seebehörden wurde den Arbeitern auf Regierungsworten eine Löhnernahme gewährt und weitere Reformen in Aussicht gestellt.“

Der Kongress beschäftigte sich Dienstag und Mittwoch fast ausschließlich mit der Entscheidung der Lords gegen die Gewerkschaften. Die fortgeschrittenen Delegirten bemühten sich, die Notwendigkeit einer starken parlamentarischen Vertretung der Arbeiter zu beweisen und auf Annahme einer in diesem Sinne abgefaßten Resolution zu dringen, aber die Mehrheit war der Meinung, daß es vorläufig das Beste sei, es bei den Vorschlägen des Parlamentarischen Komites zu wenden zu lassen.

Mr. Ward, Delegirter der Londoner Gedärbeiter, beantragte eine scharf gefaßte Resolution gegen den südafrikanischen Krieg und verlangte vom Kongress, „den edlen Kampf der Buren für Unabhängigkeit durch die Annahme der Resolution zu unterstützen.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Ein Antrag von Ben Tillett auf Errichtung von obliquatorischen Schiedsgerichten wurde abgelehnt. Pete Curran beantragte eine Sympathiekundgebung für die braven Steinbrecher von Bethesda, die sich seit ungefähr elf Monaten in einem Streik gegen Lord Penrhyn befinden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und auch finanzielle Unterstützung versprochen. Ebenso wurde den streikenden Fischarten von Grimsby die Sympathie des Kongresses ausgedrückt.

Vom amerikanischen Stahlarbeiterstreik ist zu berichten, daß die Konferenz der United States Steel Corporation und

der Arbeiter geschlossen wurde, ohne daß sie zu irgendwelchem Ergebnis kam. Die Arbeiter halten die früheren Vorschläge aufrecht.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg).

Schramberg. In der am 24. August abgehaltenen Mitgliederversammlung kamen auch die Erhebungen des Hauptvorstandes und das Erhebungsbildungsformular zur Sprache. Echt unangenehm wurde es empfunden, daß nach diesen Erhebungen Mitglieder, die schon längere Zeit der Kasse angehörten, ausgeschlossen wurden. Auf Veranlassung eines der genau regelten Mitgliedern wurde der gesamte Arbeiterausschuß einer größeren hiesigen Firma bei derselben vorstellig, um gegen die Erhebungen Stellung zu nehmen, sowie Mitglieder vor weiteren materiellen Schäden zu bewahren. Das Erhebungsbildungsformular selbst, das in unsere Hände gekommen ist, lautet im Schlussatz folgendermaßen: „Im Vorauß befreit dankend, halten wir uns zu Gegenständen gerne bereit.“ — Die gute Absicht des Vorstandes ist ja nicht zu verneinen, doch sollten diese Erhebungen während der Kastenzeit genutzt werden.

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Tietz Verlag) ist soeben das 47. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Elias-Voßtingen und das Reich. Von Georg Weill. — Was ist der ökonomische Materialismus? Von Dr. Casimir v. Kelles-Krauz. — Der Opportunismus in der Praxis. Von Parvus. 2. Der Opportunismus und die Doktrin. — Der Einigungskongress der amerikanischen Sozialisten in Indianapolis. Von Jul. Wahlstein. — Literarische Rundschau: Haushaltungsrechnungen Kürnerberger Arbeiter. — Feuerstein: Wie die Heimat stirbt! Bilder aus dem Osten von Fritz Stoerken. (Fortsetzung.) — Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 48 heben wir hervor: Der Opportunismus in der Praxis. Von Parvus. 3. Die Taktik Vollmar. 4. Der Klerische Praktizismus. — Was ist der ökonomische Materialismus? Von Dr. Casimir v. Kelles-Krauz. (Schluß.) — Elias-Voßtingen und das Reich. Von Georg Weill. (Schluß.) — Notizen: Die sozialistische Einigung in Frankreich. — Feuerstein: Wie die Heimat stirbt! Bilder aus dem Osten von Fritz Stoerken. (Fortsetzung.)

Auf dem Gebiete der billigen Unterhaltungsliteratur zeigen die uns eben zugegangenen „Benzpennig“-Heft 28—33 der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen Illustrirten Romanbibliothek „In freien Studien“ wiederum, daß sie sowohl in Bezug auf Inhalt wie Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Isländer“ und „Dombe und Sohn“ und wir raten unseren Lesern, Probenhefte, die zum Zweck des Nachbezuges durch jeden Kolporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Alle Hefte des laufenden Jahrganges von 1 an mit dem Beginn des Dickens'schen Romans „Dombe“ können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, worin die „Isländer“ ihren Anfang nehmen.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefeozialismus (Dresden, Verlag Kauder & Comp.). Aus der soeben erschienenen Nr. 15 des 1. Jahrganges heben wir hervor: Agitation. — Kommunalwahlprogramm für Hessen. — Kommunalwahlen. (Wahlbertheiligung in Köln.) — Arbeiterverhältnisse. Kommunaler Arbeitsbeschaffungsverein. — Arbeiterverhältnisse bei der städtischen Straßenbahn in Düsseldorf. — Wohnungswesen. Wohnungsgeld der preußischen Beamten. — Wohnungsspreize 1896 und 1900. — Die Wohnungssnoth in Charlottenburg. — Lebte die Mieten in Hamburg. — Wohnungszustände in Hamburg. — Städtische Wohnungen in Nürnberg. — Wohnungssamt in Ulm. — Straßenbahnen für die Stadt. — Die Zwangserziehung und die Gemeinden. — Zur Schulerfrage. — Säuglingssterilität und Wohnungsspreize. — Kindersterilität bei Kleinen und Armen. — Lebte die Gemeinden gegen die Tuberkulose. — Einkommensteuer in Berlin. — Einflößung einer städtischen Briciter in Nürnberg. — Fleischaufschlag in Nürnberg. — Der Wett zu einziger Grundstücke. — Zur Frage der Eingemeindung. — Verbundtag deutscher Gewerbegericht. Sächsische Bürgermeisterversammlung. — Die Gemeinden und die Gerichtsdezöölle. — Verhältniszählung bei den Gewerbegerichten. — Die „Kommunale Praxis“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 Mr. (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1901 unter Nr. 4019a, 4. Nachtrag).

Briefkasten.

G. W., Würzburg. Sie hatten Nullinger geschrieben; das Namensleben ist nicht mehr vorhanden.

G. S., Hamburg. Beim besten Willen können wir keine Versammlungsprotokolle aufnehmen. Wir verzweilen außerdem auf den Beschlüsse der letzten Generalversammlung bez. der Korrespondenzen.

C. R., Hamburg-Gilberg. Vorstehendes gilt auch für Sie.

L. J., Reichenbach. Wir bitten um bestimmtere Angaben.

Krefeld-Herdingen. Der Empfänger muß uns stets seinen Namen angeben, der Stempel allein genügt nicht, besonders wenn in einer Korrespondenz Personen angegriffen werden.

St. Heilbronn. Wenden Sie sich an eine technische Zeitschrift. Wir empfehlen Ihnen die „Metalltechnische Rundschau“, Stuttgart.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Ashaffenburg. Samstag, 14. Septbr., Abends halb 9 Uhr im Bahnhofshof. Die Mitglieds-Ladher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Augsburg. Samstag, 21. Septbr., Abends 8 Uhr, im Blauen Bod.

Gayreuth. Samstag, 14. Septbr., Abends 8 Uhr, bei Görl, im Kreuz.

Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute. Norden: Sonnabend, den 14. September, Abends halb 9 Uhr, bei Dicke, Uderstraße 123. — former: Montag, den 16. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal III. — Süden: Mittwoch, den 18. September, Abends halb 9 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal I. — Moabit: Sonnabend, den 21. September, Abends halb 9 Uhr, bei Fischer, Walzstr. 8.

Berlin. Sonntag, den 15. Septbr., Morgensprache der Spaniauer bei Ducko, Bichelsdorferstr. 5.

Berlin. Sonntag, den 22. Septbr., Morgensprache der Hobler, Vohter, Fräser, u. s. w. bei Dicke, Uderstraße 123.

Greinerhaven. Sonnabend, 21. September.

Krieg. Sonnabend, 14. Septbr., Abends halb 9 Uhr, im Belvedere (Schloss), Füherstraße, bei Plosche. Vortrag. Referent: M. Nordiske, Breslau.

Gromberg. Dienstag, 17. Septbr., Abends 8 Uhr, im "Tivoli", Thalfstraße.

Großniede. (Schmiede.) Samstag, 14. Sept., in der "Gute", Marktstraße.

Gothen. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, im "Goldenen Engel".

Danzig. Donnerstag, den 19. Septbr., Abends 8 Uhr, im Löb. Brodbantengasse.

Darmstadt. Samstag, 21. Sept., in Crainers Bierhalle, Dieburgerstraße 18.

Dessau. Sonnabend, 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, im "Burgkeller", Amalienstraße.

Portmund. (Klemptner und Installateure.) Samstag, 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, bei Grünert, Schuberg, 4.

Quisburg. (Mg.) Samstag, 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, im Hof von Holland, Oberstraße 6.

Dülken. Am 15. September bei Ant. Muske, Schulstr.

Eisenach. Freitag, den 20. Septbr., Abends 8 Uhr, im "fröhlichen Mann", Kuhherstraße.

Ebersfeld. Samstag, den 21. Septbr., Abends punkt halb 9 Uhr, bei Kaul, Große Kloßbahn 26.

Erfurt. (Mg.) Sonnabend, den 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, im Gathaus zum Gotthardt, Gotthardtstr. 46.

Erkelenz. Jeden letzten Samstag im Monat Abends 8 Uhr bei Schnapp.

Essen a. R. Samstag, 21. Septbr., Abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Rottstr. 18.

Fuerbach. Samstag, 21. Sept., Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. M.-Bockenheim. Samstag, den 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, für den Bezirk Bockenheim im "Adler", Frankfurterstr. 53, für Spengler und Installateure bei Stein, Gr. Eschenheimerstr. 23.

Freiberg i. S. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats Abends 8—10 Uhr Zusammenkunft.

Freiberg i. S. Samstag, 14. Sept., Abends 8 Uhr, bei Schwante.

Gelsenkirchen. Samstag, den 21. Septbr., Abends 8½ Uhr bei Bielenzier, Vereinsstraße.

Görlitz. Sonnabend, den 21. Sept., Abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn Langner, Sonnenstraße 5.

Halle a. S. (Sektion der Klemptner u. Installateure.) Sonnabend, 14. Sept., Abends halb 9 Uhr, in den "Drei Königen", H. Ulrichstr. 36.

Hamburg. (Schlosser, Dreher und Maschinenschauer.) Dienstag, den 17. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Gilmer, Gönsermarkt 35.

Hann. M. Jeden 1. und 3. Freitag im Monat im Verkehrslokal K. Winkler, Königstraße 34, Abends halb 9 Uhr.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, den 21. September, Abends halb 9 Uhr, im Ballhof, Burgstr. 9.

Hannover-Gülden. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 21. September, bei Fiene, Stadtmacherstr. 1.

Harburg. (Sektion der Klemptner und Mechaniker.) Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats im Vereinslokal H. Krug, Langestraße 25.

Hörst a. M. Samstag, den 21. September, Abends 9 Uhr, in der Sonne.

Kalk. Dienstag, den 17. Sept., bei Kied.

Karlsruhe-Wühlberg. Samstag, 14. Sept., Abends halb 9 Uhr, in der Kaiser-Allee, Borting.

Karlsruhe-Wühlberg. Samstag, 15. Sept., Borting, halb 10 Uhr, bei Möhrlein, Kaiserstraße 13. Wahl der Delegierten zur Konferenz.

Kiel. (Klemptner.) Dienstag, den 17. Sept., im Engl. Garten.

Königsbrücke. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. des Monats, Nachmittags 1—3 Uhr Beitragsabhebung im Beifenhof jähren Saale, Wasserstraße.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. finden die Monatsversammlungen statt. Jeden Sonnabend von 8—9 Uhrabend bei Kochlik, Müggelheimerstraße 2.

Krefeld. Samstag, den 21. September, Abends halb 9 Uhr, im Krejeler Bierhaus, Rheinstraße 134.

Lambrecht. Sonntag, den 15. Septbr., Nachmittags 3 Uhr in Lambrecht bei Karl Schlosser.

Landshut. Son. 14. Sept. ab im Saal z. Reiderer, Lechhausen. Samstag, 14. Septbr., Abends 8 Uhr, im "Frühlingsgarten" Borting.

Miesbach. Sonnabend, 22. Septbr., Borting, Nachmittags halb 10 Uhr, in der "Guenthermühle".

Münster. Sonnabend, den 21. Septbr., Abends 8 Uhr, Zahlabend im "Frühling" Borting.

Mühlhausen i. Th. Montag, den 16. Septbr., bei Scholl, Schmitzstraße 3.

Nürnberg. (Siebmauer und Drahtarbeiter.) Samstag, 14. Sept., bei Siebmacher, Gleisstraße 62.

Per-Zappin. Sonnabend, den 21. September, bei Schindler.

Recklinghausen. Samstag, den 14. Sept., Abends halb 9 Uhr, in der Apfelweinmühle Langenburgstr. 107.

Niederstedt. Montag, 16. September, Abends halb 9 Uhr, bei Lehmann, Groß-Bischwitz.

Offenbourg. Am Sonntag, den 22. Sept., Borting, Nachmittags halb 10 Uhr, in "Säger" (Siebenzäumer) Delegiertenwohl zur Delegatenkonferenz.

Oldenburg. Sonnabend, den 14. Septbr., Abends halb 9 Uhr, bei E. Wehrkamp, Kurfürststraße.

Posen. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Heinde, Villenstraße 77.

Rathenow. (Einschleifer.) Sonnabend, 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, bei Kessel, Jägerstraße 14.

Rathenow. (Schlosser und Maschinenschauer.) Sonnabend, 21. August, Abends halb 9 Uhr, bei Schulz, Jägerstraße 25.

Renscheid. Samstag, den 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, bei Erlich.

Rostock. Sonnabend, 21. September, in der "Wartehalle".

Schnigling-Dross. Sonntag, 22. Septbr., Bortmittags 10 Uhr, bei Igelhart.

Schmiede-Hall. Samstag, 14. Septbr., Abends 8 Uhr, im "Würzhaus".

Schwedt. Sonnabend, 21. Sept., Abends 8 Uhr, bei Gobletatzsch, Mühlenstraße.

Schuldsbrück. Sonnabend, 21. September, Abends halb 9 Uhr, bei Barnomi.

Sulingen. Samstag, den 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, bei Johann von Gelle, Cronenbergerstraße.

Stegitz. Sonnabend, 14. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Schellwase, Thorstraße.

Stettin n. Pom. (Bezirk 4, Bredow.) Sonnabend, 14. Sept., Abends 8 Uhr, im Schützenhaus.

Suhl. Samstag, den 21. Sept., Abends halb 9 Uhr, in Dombergs Ansicht.

Triberg. Samstag, 14. Sept., Abends 1/2 Uhr, im Bad.

Tuttlingen. Steigegeld bei Wilh. Weigel, zum goldenen Adler.

Wiesbaden. Samstag, den 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, bei Krob, Hermannstraße 1.

Würzburg. Samstag, 14. Sept., bei Büchlein, blaue Glocke.

Zeitz. Sonnabend, 21. Septbr., Abends halb 9 Uhr, bei Schindler, Gartenstraße.

Zerbst. Samstag, den 21. Septbr., Abends 8 Uhr, bei Herzfeld.

Berlin. Die Bibliothek wird bis auf Weiteres geschlossen; sämtliche entliehenen Bücher sind sofort abzurufen.

Berlin. Der Dönnemann der Reparaturen wohnt Berlin O, Andreasstr. 11.

Krieg. Der Schlosser Adolf Binus, geboren am 22. März 1857, wird hiermit aufgefordert, seine Adresse an R. Jancke, Krieg, Pfaffenstraße 5, III, zu schicken.

Carlsruhe. (Alle Sektionen.) Samstag, 21. Sept., Abends 8 Uhr, 10. Stiftungsfest im Apollotheater, Marienstraße 16. Eintritt 30 Pf. Eine Dame frei.

Mülheim a. d. Ruhr. Verkehrslokal befindet sich bei Wilh. Höfmann, Scharberg 64. — Adresse des Bevollmächtigten: Rudolf Wichert, Köhle 18; Kassier: Wilh. Hamm, Löhberg 14, 2. Etage.

Zuffenhausen. Sonntag, den 22. Sept., Stiftungsfest unter ges. Mitwirkung des Gefangenvereins Lassallia und des Turnerbundes im Saalbau zum Kirchthal. Nachm. 3 Uhr. — Bevollmächtigter: Karl Klein, Grabenstr. 5. Kassier: Karl Hagemüller, Karlsstr. 38, p.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. Nr. 29) Hamburg.

Gründer. Samstag, den 14. Septbr., Abends halb 9 Uhr, im Gathaus "Bremzer Hirsch".

Gestorbene.

In Leipzig der Klemptner Gottlob Schöller, 27 Jahre alt, Herzstilltag. — In Lüneburg der Schlosser Julius Haßmann, 27 Jahre alt, Herzleiden.

Geistliche Versammlungen.

Kosheim-Gutsbosburg. Sonntag, 15. Sept., Nachmittags 3 Uhr, öffentliche Versammlung im "Weingarten".

Soeben erschienen!

Notizkalender für Metallarbeiter 1902

Gelehrtes und praktisches Rechtecklagebuch

für alle

in der Arbeiterbewegung stehenden Metallarbeiter.

Inhalt: Geschichtliches aus der Deutschen Metallarbeiter-Bewegung (9 Seiten), Auszug aus dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (14 Seiten), Statistische Daten aus der Metallindustrie (9 Seiten) und Daten aus ausländischer Metallarbeit und des internationalen Informations-Bureau (1 Seite). Ferner: Allgemeine geographische Daten wie die Deutsche Reichstatistik 1891—1900. Die Folge der Gewerkschaften. Was können die Gewerkschaften?, Adressen der Gewerkschaftsverbände, der Gewerbe-Jahrbücher und Gewerbe-Verzeichnisse, Neue Arbeitsmarktsbestimmungen, Praktische Ratsfe für das Arbeitstreibhafte, Neue Volkszählungs-Resultate für das Deutsche Reich, Militärlasten-Ersteigerung, Preisnotizen über Reichstag und Bundesrat, Überholose-Verordnungen. Auf jeder Seite ein Kalenderblatt und genügend weißes Papier zu Notizen.

Preis pro Stück 50 Pf.

mit bei vorheriger Einsendung des Beitrages.

Befürwortungen nehmen entgegen: die Beratungsstelle, die Verwaltungsstellen, sowie der

Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Stuttgart, Reichenstraße 160.

Privat-Anzeigen.

Insätze werden nur gegen Botanscheinzahlung angenommen. Der Preis für die dreigesparte Zeitzeile beträgt 50 Pf.

Engros.

Preisliste franko!

Versand.

Konkurrenzlos billig, reelle Fabrikate!

für die Qualität der Fabrikate sprechen zahlreiche Anerkennungen.
Unstreitig vorheilhafteste Bezugquelle.
Ferner empfehlen:

Maiglöckchen 100 St. 2,40
Marianne, 100 St. 2,50
Bümmann, 100 St. 3.—
Nora, 100 St. . . . 3,50
Area, 100 St. . . . 3,75
Gav. House, 100 St. 4,10
Cabinet, 100 St. . . . 4,50
Mendoza, 100 St. 5,—
Felix Brasil, 100 St. 4,60
St. Felix, Drig.-Riesen, 250 Stück (franko) 12,50
Mexicanos, 100 St. 5,50

Versand und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke, 300 St. portofrei unter Nachnahme. — Nicht konkurrenzend erachtet, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückverratung des Betrages zurück. Bei Entnahmen von 500 St. gewähren 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt, wenn sich Gesteller auf diese Zeitung bezieht. [55]

Czollek & Geballe,
Zigarren-Engros-Lager
Berlin W.

100 Stück
Mk. 3,75.

Unter den Linden 20, Hof I. Greppé.

Telephon-Amt I, 502.

<b